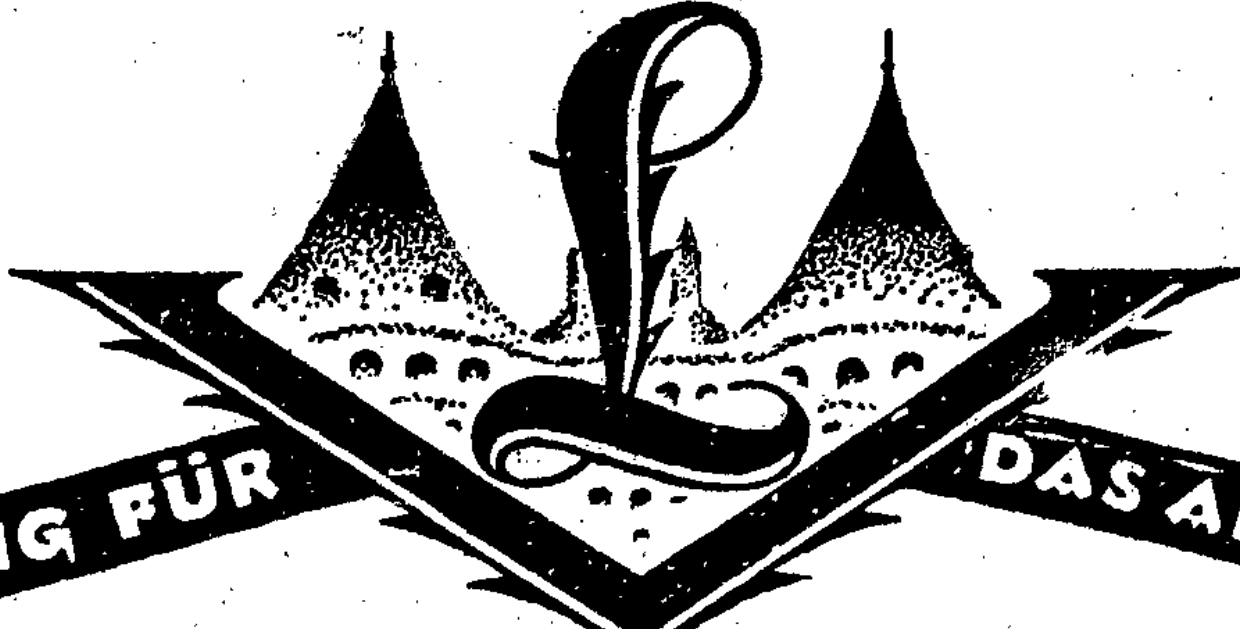


Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 12 M. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtebaltene Zeile oder deren Raum 3,00 M., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 2,50 Mark, Reklamen 12,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.



TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

Lübecker Volksbote

Nummer 51. Mittwoch, den 1. März 1922. 29. Jahrgang.

England und die Deutsche Abrüstung.

Im englischen Unterhause empfanden einige Herren von der Rechten Besorgnis über die „gefährlichen“ Umtriebe militaristischer Art in Deutschland. Sie interpellierten diesbezüglich dahin, ob die Regierung sich Rechenschaft ablene darüber, daß Deutschland die Bestimmungen über die Abrüstungen vorsätzlich und systematisch umgehe. Chamberlain erwiderte. Er erklärte, daß seitens einzelner Personen, besonders durch untergeordnete Beamte, in Deutschland wohl Verstöße stattfänden. Nach der Ansicht der Regierung würde es jedoch nicht zutreffen, zu sagen, daß seitens der deutschen Regierung beständige und vorsätzliche Umgehungen stattfänden. Erschöpfende Berichte über den Fortschritt der Abrüstungen und über die Verstöße würden regelmäßig von den interalliierten Kontrollkommissionen dem alliierten Komitee in Versailles überliefert, das solche Angelegenheiten der Vorkonferenz oder dem Obersten Räte zur Kenntnis bringe. Die Befugnisse seien im Friedensvertrag festgelegt und könnten nicht abgeändert werden.

Der französische Gewerkschaftsführer Genosse Jouhaux, der vor einiger Zeit an der Studienreise durch Deutschland teilnahm, die die gewerkschaftliche Internationale veranstaltete, um sich über den Stand der Abrüstungen in Deutschland zu unterrichten, hielt, so meldet W.B., der französischen Vereinigung für den Völkerverbund einen Vortrag über seine Feststellungen. Sein Urteil ist günstig. In den großen Industriezentren vollzog sich eine rasche Umgestaltung der Kriegs- in Friedensfabrikation. Es sei wünschenswert, daß die französischen Industriellen diese Fabriken besuchten, um sich über das in diesem Sinne Erzielte zu unterrichten. In Deutschland bestehe wahrhaft ein neuer Geisteszustand. Französischerseits seien Fehler begangen worden. Die alliierte Ueberwachungskommission wisse noch nicht den erforderlichen Unterschied zwischen der Kriegs- und Friedensindustrie zu machen.

Die sozialistische Fünfländer-Konferenz.

Der sozialistischen Fünfländer-Konferenz, die vom 25. bis zum 27. Februar in Frankfurt a. M. tagte, kommt in 3 Richtungen eine besondere Bedeutung zu. Die Konferenz ist ebenso wichtig durch die Art ihres Zustandekommens und ihre Zusammensetzung, wie durch die Beschlüsse, die sie faßte.

Die Fünfländer-Konferenz stellt einen ganz wesentlichen Fortschritt der Bestrebungen dar, eine aktive, leistungsfähige sozialistische Internationale wieder aufzubauen. Die zweite Internationale hat sich stets als die Fortsetzerin der Ueberlieferungen aus der Zeit vor dem Kriege betrachtet, sie hat keiner sozialistischen Richtung die Tür verschlossen. Auf dem internationalen Sozialisten-Kongress von Genf im Sommer 1920 waren sowohl den deutschen Unabhängigen wie den französischen Sozialisten eine Reihe von Sätzen entsprechend ihrer Stärke freigehalten worden. Die deutschen Unabhängigen und die Franzosen kamen aber nicht, weil damals die Verheerung durch den Richtungsstreit noch zu stark wirkte. Sie zogen es vor, mit den Oesterreichern zusammen eine neue Internationale zu schaffen, die man scherzhaft die Internationale 2½ nannte, weil sie zwischen der 2. Internationale mit dem Sitz in London und der 3. mit dem Sitz in Moskau die Mitte zu halten versuchte. Die deutschen Unabhängigen und ganz besonders die Franzosen sind seitdem durch die Erfahrungen, die sie mit den Kommunisten machten, viel vernünftiger geworden. Sie sträuben sich jetzt nicht mehr, sich mit den Vertretern der 2. Internationale an einen Tisch zu setzen, aber sie behalten doch ihren 2½-Charakter, da sie verschärft, sie würden mit Vertretern der 3. Internationale ebenso gern zusammensetzen, wie mit denen der 2. Das Exekutivkomitee der 2. Internationale hat sich im Interesse der Einigung nicht grundsätzlich gegen ein Zusammentreffen mit den Anhängern Moskaus gesträubt. Es hat aber dafür seine Bedingungen aufgestellt, die die Vergewaltigung Georgiens und die Einkerbung nichtbolshewistischer Sozialisten in Rußland betreffen. Da sich die Vertreter der französischen Sozialisten und der deutschen Unabhängigen ihrer ganzen bisherigen Haltung nach gegen solche Bedingungen nicht wahren können, war mit dem prinzipiellen Zugeständnis der 2. Internationale, sich unter Umständen auch mit den Moskowitern zu treffen, die Brücke zwischen 2 und 2½ geschlagen, und das Zustandekommen der Fünfländer-Konferenz gesichert.

Auf dieser Konferenz haben nun die französischen Sozialisten mit der englischen Arbeiterpartei und der deutschen Sozialdemokratie, also den Hauptstützen der 2. Internationale, ganz ausgezeichnet zusammengearbeitet. Die erste sozialistische Zusammenkunft nach dem Kriege, die die Vertreter der maßgebenden sozialistischen Arbeiterparteien Englands, Deutschlands und Frankreichs an einen Tisch vereinigte, wird sicher nicht die letzte bleiben. Die Internationale sozialistische Verbindung zwischen Paris und London und Paris und Berlin ist wieder hergestellt. Darin liegt ein Teil der großen Bedeutung, die der sozialistischen Fünfländer-Konferenz von Frankfurt a. M. innewohnt.

Der zweite Teil dieser Bedeutung liegt, wie schon gesagt, in den Beschlüssen selbst, die auf dieser Konferenz gefaßt worden sind. Engländer und Franzosen, die Belgier und Italiener nicht zu vergessen, haben sich verpflichtet, auf eine rasche Räumung der besetzten Gebiete und auf eine Ermäßigung der deutschen Kriegsschadung bis auf den Betrag, der zur Wiederherstellung der zerstörten Gebiete notwendig ist, hinzuwirken. Das ist unleugbar ein ganz großer moralischer Erfolg. Schon die Tatsache allein, daß große Parteien der Ententeländer gegen das Unrecht protestieren, daß Deutschland durch die Politik der Okkupationen leidet, und daß sie den Vertragsbruch verurteilen, der durch die Aufbürdung der Pensionsentschädigungen auf die Schultern Deutschlands verübt worden ist, hat ihre außerordentliche Bedeutung. Diese Parteien sind aber überdies nicht irgendwer. Ganz besonders die englische Arbeiterpartei hat einen sehr starken Einfluß auf die öffentliche Meinung ihres Landes, wie sich schon aus ihren fortgesetzten Wählergebnissen ergibt. Die französische Partei ist freilich durch den kommunistischen Wirrwart gespalten, und den chauvinistischen Eifer des nationalen Blochs augenblicklich einigermaßen in die Enge getrieben. Aber die Berichte unserer französischen Freunde zeigen uns, daß sich in beiden Richtungen ein entscheidender Umschwung vorbereitet. Der Kommunismus muß, wie sonst überall in Europa, auch in Frankreich seine Zugkraft verlieren, seitdem die einzige kommunistische Regierung, die es auf der Welt gibt, die russische, ihren Frieden mit dem Weltkapitalismus gemacht hat. Und der nationale Bloch, der im Taumel der Siegeswahlen nach dem Kriege zustande gekommen ist, wird nach allgemeiner Voraussage die nächsten Wahlen nicht überdauern. Dann wird der französische Sozialismus nach beiden Seiten hin wieder seine Arme freibekommen.

Es hat auf der sozialistischen Fünfländer-Konferenz sicherlich keinen Deutschen gegeben, der angesichts der zielklaren Energie, mit der die Engländer für die Revision des Friedens eintraten und der herzlichen Brüderlichkeit, mit der ihm die Franzosen begegneten, nicht gewünscht hätte, unsere englischen und französischen Genossen würden jetzt schon in der Regierung sitzen, um ihren Einfluß für die Revision des Friedens von Versailles im Sinne der Gerechtigkeit und für den Wiederaufbau der Weltwirtschaft im Geiste der Völkerverbundsolidarität geltend zu machen. Während die Konferenz tagte, traf aus Berlin eine Nummer der unabhängigen „Freiheit“ ein, in der Karl Rautsky mit ausgezeichneten Gründen für die Koalitionspolitik eintrat. Zu diesem ausgezeichneten, innerpolitischen Gründen hat die Fünfländer-Konferenz durch die bloße Tatsache ihrer Beratungen noch bessere außenpolitische Gründe geliefert. Auch im internationalen Interesse müssen wir wünschen, daß die Sozialisten der verschiedenen Länder mit der Geltendmachung ihres Einflusses nicht solange warten, bis sie allein die ganze Macht in Händen haben. Denn diese unglückliche Welt hat keine Zeit zu warten, sie braucht keine schönen Pläne für eine Zukunft, die einmal kommen wird, sondern praktische Maßnahmen, um schon jetzt, oder so bald wie nur irgend möglich, aus dem aller schlimmsten Elend herauszukommen.

Die sozialistische Fünfländer-Konferenz von Frankfurt am Main wurde auf diese Weise zu einem Beweisstück für die Richtigkeit der sozialdemokratischen Politik. Sie wird der sozialistischen Bewegung in allen Ländern einen mächtigen Antrieb geben und hoffentlich in nicht ferner Zeit auch praktische Ergebnisse im Interesse des arbeitenden Volkes zur Folge haben.

Wörle.

Am Berliner Devisenmarkt war am Dienstag das Geschäft sehr gering. — Es zeigte sich ein etwas stärkeres Angebot im Hinblick auf die am 1. März in Kraft tretende Devisenordnung. Amstlich notierten: Kabel New York 227½, London 1009, Amsterdam-Rotterdam 8675. Am Effektenmarkt war das Geschäft anfangs ebenfalls nicht sehr lebhaft, später zeigte sich jedoch eine stärkere Unternehmungslust der Spekulation. Es sind z. T. wieder erhebliche Kurssteigerungen eingetreten. Besonders bevorzugt waren chemische und elektrotechnische Werte, Maschinenbau- und Bankaktien.

Bemerkungen.

Dr. L. Lübeck, 1. März 1922.

Ein Redner der Deutschen Volkspartei sprach gestern im Marmoraal vor etwa 300 Beamten. In vorsichtiger Weise redete er von schlechten Gehältern, von Teuerung; von der guten Volkspartei und der schlechten Regierung.

Ueber eines aber sprach er nicht: über die Wirtschaftspolitik seiner Partei.

Mit guten Gründen verlangte er eine ausreichende Befolgung der Beamten. Daß aber der Besitz, der Reichtum, das Kapital dazu das Geld hergeben sollen, das wagte er nicht zu verlangen. Vorsicht! Stinnes, Hugenberg und Stresemann könnten ihm höflich auf die Finger klopfen.

Er schimpfte auf die stets wachsende Preistreibererei. Auf die Preistreiber selbst, auf die Kapitalisten, Großhändler und Großbauern aber schimpfte er nicht. Sind das doch seine Parteifreunde, die besten Geldlöhne der sogenannten „Volkspartei“!

Von der „freien Wirtschaft“, dem Lieblingsskind seiner Partei, sprach er keinen Ton; und von der Steuer auf die Sachwerte hörte man nicht das geringste Säuseln.

Das deutsche Volk war nie so sehr in zwei Teile gespalten wie jetzt. Die einen verdienen, die anderen hungern. Je mehr die Lohnempfänger hungern müssen, d. h. je mehr die Preise steigen, umso mehr füllt sich der Geldsack der Besitzenden, staut sich der Profit des Kapitals an. Diese Zweiteilung des Volkes mit seinem Interessengegensatz ist die Grundlage des ganzen politischen Aufmarsches. Auf der einen Seite die Arbeiter, Beamten, Angestellten mit ihrem und ihrer Kinder Schrei nach Brot; auf der anderen Seite Besitz und Handel in jeder Form mit der gemeinen Gier nach Profit. Und in diesem Kampf mußten und müssen die Arbeiter immer einen Teil ihrer Brüder, Beamte und Angestellte, auf der Seite ihrer Feinde sehen, auf der Seite des Kapitals, des geldhatten und geldlüsternen Bürgertums. Auf der Seite ihrer eigenen Ausbeuter; auf der Seite derer, die ihren Kindern das Brot verteuern und die Butter wegnehmen. Mit unendlicher Trauer betrachtet die Arbeiterschaft diesen verblendeten Verrat aller Klasseninteressen.

Wann wird auch der letzte Beamte eingesehen haben, wo er hingehört?

„Der große Fehler in Bismarcks Politik“, so lautete das Thema eines Vortrages unseres politischen Redakteurs in der Volkshochschule. Der Hauptschriftleiter der „Lüb. Anz.“ greift in seinem Blatt den Vortrag mit wüstem Geschimpfe an. Offenbar gibt er keine Sache aber von vornherein verloren; denn er beschäftigt sich nicht etwa mit der Widerlegung der sachlichen Ausführungen, sondern stürzt sich mit hysterischem Gesuchtel auf die Person des Vortragenden und auf die Sozialdemokratie, spricht von Diktorenweisheit und dergl.

Wir haben schon viele Doktoren kennen gelernt, und es waren manche darunter, die mit ihrer Dummheit Staat machen konnten; aber mit dem, was wir im Kriege an Majorendummheit manchmal auf einen Haufen gesehen haben, können sie sich doch nicht messen.

Im übrigen können wir auf die ganzen Angriffe nicht näher eingehen. Der Vortrag wurde im Rahmen der Volkshochschule gehalten, und hielt sich als solcher im Rahmen absoluter Sachlichkeit. Nachträglich ein parteipolitisches Gezänk daraus zu machen, das käme einer absoluten Verkennung des Vortragzieles gleich.

Dieser Tage lief der Dampfer „Anni Hugo Stinnes“ im hiesigen Hafen mit der alten schwarz-weiß-roten Flagge ein. Der Kapitän vertrat die Ansicht, daß die Stinneslinie sich an die Reichsvorschrift nicht zu halten brauche; dazu sei Stinnes viel zu mächtig; außerdem habe er keine neue

Der „Lübener Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 12 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achteckige Seite ober deren Raum 3,00 Mk., Verfammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 2,50 Mark, Reklamen 12,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.



TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

Lübener Volksbote

Nummer 51.

Mittwoch, den 1. März 1922.

29. Jahrgang.

England und die deutsche Abrüstung.

Im englischen Unterhause empfanden einige Herren von der Rechten Besorgnis über die „gefährlichen“ Umtriebe militärischer Art in Deutschland. Sie interpellierten diesbezüglich dahin, ob die Regierung sich Rechenschaft ablege darüber, daß Deutschland die Bestimmungen über die Abrüstungen vorsätzlich und systematisch umgehe. Chamberlain erwiderte. Er erklärte, daß seitens einzelner Personen, besonders durch untergeordnete Beamte, in Deutschland wohl Verstöße stattgefunden. Nach der Ansicht der Regierung würde es jedoch nicht zutreffen, zu sagen, daß seitens der deutschen Regierung beständige und vorsätzliche Umgehungen stattgefunden. Erschöpfende Berichte über den Fortschritt der Abrüstungen und über die Verstöße würden regelmäßig von den interalliierten Kontrollkommissionen dem alliierten Komitee in Versailles überliefert, das solche Angelegenheiten der Waffentalkonferenz oder dem Obersten Räte zur Kenntnis bringe. Die Befugnisse seien im Friedensvertrag festgelegt und könnten nicht abgeändert werden.

Der französische Gewerkschaftsführer Genosse Jouhaux, der vor einiger Zeit an der Studienreise durch Deutschland teilnahm, die die gewerkschaftliche Internationale veranstaltete, um sich über den Stand der Abrüstungen in Deutschland zu unterrichten, hielt, so meldet WTB, der französischen Vereinigung für den Völkerverbund einen Vortrag über seine Feststellungen. Sein Urteil ist günstig. In den großen Industriezentren vollzog sich eine rasche Umgestaltung der Kriegs- in Friedensfabrikation. Es sei wünschenswert, daß die französischen Industriellen diese Fabriken besuchten, um sich über das in diesem Sinne Erzielte zu unterrichten. In Deutschland bestehe wahrhaft ein neuer Geisteszustand. Französische Fehler begangen worden. Die alliierte Überwachungskommission wisse noch nicht den erforderlichen Unterschied zwischen der Kriegs- und Friedensindustrie zu machen.

Die sozialistische Fünfländer-Konferenz.

Der sozialistischen Fünfländer-Konferenz, die vom 25. bis zum 27. Februar in Frankfurt a. M. tagte, kommt in 3 Richtungen eine besondere Bedeutung zu. Die Konferenz ist ebenso wichtig durch die Art ihres Zustandekommens und ihre Zusammensetzung, wie durch die Beschlüsse, die sie faßte.

Die Fünfländer-Konferenz stellt einen ganz wesentlichen Fortschritt der Bestrebungen dar, eine aktive, leistungsfähige sozialistische Internationale wieder aufzubauen. Die zweite Internationale hat sich stets als die Fortsetzerin der Ueberlieferungen aus der Zeit vor dem Kriege betrachtet, sie hat keiner sozialistischen Richtung die Tür verschlossen. Auf dem internationalen Sozialisten-Kongress von Genf im Sommer 1920 waren sowohl den deutschen Unabhängigen wie den französischen Sozialisten eine Reihe von Sitzen entsprechend ihrer Stärke freigehalten worden. Die deutschen Unabhängigen und die Franzosen kamen aber nicht, weil damals die Verheerung durch den Richtungsstreit noch zu stark wirkte. Sie zogen es vor, mit den Oesterreichern zusammen eine neue Internationale zu schaffen, die man scherzhaft die Internationale 2½ nannte, weil sie zwischen der 2. Internationale mit dem Sitze in London und der 3. mit dem Sitze in Moskau die Mitte zu halten versuchte. Die deutschen Unabhängigen und ganz besonders die Franzosen sind seitdem durch die Erfahrungen, die sie mit den Kommunisten machten, viel vernünftiger geworden. Sie sträuben sich jetzt nicht mehr, sich mit den Vertretern der 2. Internationale an einen Tisch zu setzen, aber sie behalten doch ihren 2½-Charakter, da sie versichern, sie würden mit Vertretern der 3. Internationale ebenso gern zusammensitzen, wie mit denen der 2. Das Exekutivkomitee der 2. Internationale hat sich im Interesse der Einigung nicht grundsätzlich gegen ein Zusammentreffen mit den Anhängern Moskaus gestäubt. Es hat aber dafür seine Bedingungen aufgestellt, die die Vergewaltigung Georgiens und die Einkerkelung nichtbolschewistischer Sozialisten in Rußland betreffen. Da sich die Vertreter der französischen Sozialisten und der deutschen Unabhängigen ihrer ganzen bisherigen Haltung nach gegen solche Bedingungen nicht wehren können, war mit dem prinzipiellen Zugeständnis der 2. Internationale, sich unter Umständen auch mit den Moskowitern zu treffen, die Brücke zwischen 2 und 2½ geschlagen, und das Zustandekommen der Fünfländer-Konferenz gesichert.

Auf dieser Konferenz haben nun die französischen Sozialisten mit der englischen Arbeiterpartei und der deutschen Sozialdemokratie, also den Hauptstützen der 2. Internationale, ganz ausgezeichnet zusammengearbeitet. Die erste sozialistische Zusammenkunft nach dem Kriege, die die Vertreter der maßgebenden sozialistischen Arbeiterparteien Englands, Deutschlands und Frankreichs an einen Tisch vereinigte, wird sicher nicht die letzte bleiben. Die Internationale sozialistische Verbindung zwischen Paris und London und Paris und Berlin ist wieder hergestellt. Darin liegt ein Teil der großen Bedeutung, die der sozialistischen Fünfländer-Konferenz von Frankfurt a. M. innewohnt.

Der zweite Teil dieser Bedeutung liegt, wie schon gesagt, in den Beschlüssen selbst, die auf dieser Konferenz gefaßt worden sind. Engländer und Franzosen, die Belgier und Italiener nicht zu vergessen, haben sich verpflichtet, auf eine rasche Räumung der besetzten Gebiete und auf eine Ermäßigung der deutschen Kriegsschädigung bis auf den Betrag, der zur Wiederherstellung der zerstörten Gebiete notwendig ist, hinzuwirken. Das ist unleugbar ein ganz großer moralischer Erfolg. Schon die Tatsache allein, daß große Parteien der Ententeländer gegen das Unrecht protestieren, daß Deutschland durch die Politik der Okkupationen leidet, und daß sie den Vertragsbruch verurteilen, der durch die Ausbüdung der Pensionsentschädigungen auf die Schultern Deutschlands verübt worden ist, hat ihre außerordentliche Bedeutung. Diese Parteien sind aber überdies nicht irgendwer. Ganz besonders die englische Arbeiterpartei hat einen sehr starken Einfluß auf die öffentliche Meinung ihres Landes, wie sich schon aus ihren fortgesetzten Wahlsiegen ergibt. Die französische Partei ist freilich durch den kommunistischen Wirrwart gespalten, und der chauvinistische Eifer des nationalen Blochs augenblicklich einigermassen in die Enge getrieben. Aber die Berichte unserer französischen Freunde zeigen uns, daß sich in beiden Richtungen ein entscheidender Umschwung vorbereitet. Der Kommunismus muß, wie sonst überall in Europa, auch in Frankreich seine Zugkraft verlieren, seitdem die einzige kommunistische Regierung, die es auf der Welt gibt, die russische, ihren Frieden mit dem Weltkapitalismus gemacht hat. Und der nationale Bloch, der im Taumel der Siegeswahlen nach dem Kriege zustande gekommen ist, wird nach allgemeiner Voraussage die nächsten Wahlen nicht überdauern. Dann wird der französische Sozialismus nach beiden Seiten hin wieder seine Arme freibekommen.

Es hat auf der sozialistischen Fünfländer-Konferenz sicherlich keinen Deutschen gegeben, der angesichts der zielklaren Energie, mit der die Engländer für die Revision des Friedens eintraten und der herzlichen Brüderlichkeit, mit der ihm die Franzosen begegneten, nicht gewünscht hätte, unsere englischen und französischen Genossen würden jetzt schon in der Regierung sitzen, um ihren Einfluß für die Revision des Friedens von Versailles im Sinne der Gerechtigkeit und für den Wiederaufbau der Weltwirtschaft im Geiste der Völkersolidarität geltend zu machen. Während die Konferenz tagte, traf aus Berlin eine Nummer der unabhängigen „Freiheit“ ein, in der Karl Rautsky mit ausgezeichneten Gründen für die Koalitionspolitik eintrat. Zu diesem ausgezeichneten, innerpolitischen Gründen hat die Fünfländer-Konferenz durch die bloße Tatsache ihrer Beratungen noch bessere außenpolitische Gründe geliefert. Auch im internationalen Interesse müssen wir wünschen, daß die Sozialisten der verschiedenen Länder mit der Geltendmachung ihres Einflusses nicht solange warten, bis sie allein die ganze Macht in Händen haben. Denn diese unglückliche Welt hat keine Zeit zu warten, sie braucht keine schönen Pläne für eine Zukunft, die einmal kommen wird, sondern praktische Maßnahmen, um schon jetzt, oder so bald wie nur irgend möglich, aus dem allerschlimmsten Elend herauszukommen.

Die sozialistische Fünfländer-Konferenz von Frankfurt am Main wurde auf diese Weise zu einem Beweisstück für die Richtigkeit der sozialdemokratischen Politik. Sie wird der sozialistischen Bewegung in allen Ländern einen mächtigen Antrieb geben und hoffentlich in nicht ferner Zeit auch praktische Ergebnisse im Interesse des arbeitenden Volkes zur Folge haben.

Wörle.

Am Berliner Devisenmarkt war am Dienstag des Geschäfts sehr gering. — Es zeigte sich ein etwas stärkeres Angebot im Hinblick auf die am 1. März in Kraft tretende Devisenordnung. Amlich notierten; Kabel Neugork 227½, London 1009, Amsterdam-Rotterdam 8675. Am Effektenmarkt war das Geschäft anfangs ebenfalls nicht sehr lebhaft. Später zeigte sich jedoch eine stärkere Unternehmungslust der Spekulation. Es sind z. B. wieder erhebliche Kurssteigerungen eingetreten. Besonders bevorzugt waren chemische und elektrotechnische Werte, Maschinenbau- und Bankaktien.

Bemerkungen.

Dr. L. Lübeck, 1. März 1922.

Ein Redner der Deutschen Volkspartei sprach gestern im Marmoraal vor etwa 300 Beamten. In vorsichtiger Weise redete er von schlechten Gehältern, von Teuerung; von der guten Volkspartei und der schlechten Regierung.

Ueber eines aber sprach er nicht: über die Wirtschaftspolitik seiner Partei.

Mit guten Gründen verlangte er eine ausreichende Besoldung der Beamten. Daß aber der Besiß, der Reichtum, das Kapital dazu das Geld hergeben sollen, das magte er nicht zu verlangen. Vorsicht! Stinnes, Hugenberg und Stresemann könnten ihm höflich auf die Finger klopfen.

Er schimpfte auf die stets wachsende Preistreibererei. Auf die Preistreiber selbst, auf die Kapitalisten, Großhändler und Großbauern aber schimpfte er nicht. Sind das doch seine Parteifreunde, die besten Geldkühle der sogenannten „Volkspartei“!

Von der „freien Wirtschaft“, dem Lieblingskinde seiner Partei, sprach er keinen Ton; und von der Steuer auf die Sachwerte hörte man nicht das geringste Säufeln.

Das deutsche Volk war nie so sehr in zwei Teile gespalten wie jetzt. Die einen verdienen, die anderen hungern. Je mehr die Lohnempfänger hungern müssen, d. h. je mehr die Preise steigen, umso mehr füllt sich der Geldsack der Besitzenden, staut sich der Profit des Kapitals an. Diese Zweiteilung des Volkes mit seinem Interessengegenstand ist die Grundlage des ganzen politischen Aufmarsches. Auf der einen Seite die Arbeiter, Beamten, Angestellten mit ihrem und ihrer Kinder Schrei nach Brot; auf der anderen Seite Besiß und Handel in jeder Form mit der gemeinen Eier nach Profit. Und in diesem Kampf mußten und müssen die Arbeiter immer einen Teil ihrer Brüder, Beamte und Angestellte, auf der Seite ihrer Feinde sehen, auf der Seite des Kapitals, des geldsatten und geldlüsternen Bürgertums. Auf der Seite ihrer eigenen Ausbeuter; auf der Seite derer, die ihren Kindern das Brot verteuern und die Butter wegnehmen. Mit unendlicher Trauer betrachtet die Arbeiterschaft diesen verblendeten Verrat aller Klasseninteressen.

Wann wird auch der letzte Beamte eingesehen haben, wo er hingehört?

„Der große Fehler in Bismarcks Politik“, so lautete das Thema eines Vortrages unseres politischen Redakteurs in der Volkshochschule. Der Hauptchriftleiter der „Lüb. Anz.“ greift in seinem Blatt den Vortrag mit wüstem Geschimpfe an. Offenbar gibt er keine Sache aber von vornherein verloren; denn er beschäftigt sich nicht etwa mit der Widerlegung der sachlichen Ausführungen, sondern stürzt sich mit hysterischem Geschrei auf die Person des Vortragenden und auf die Sozialdemokratie, spricht von Doktrinenweisheit und dergl.

Wir haben schon viele Doctoren kennen gelernt, und es waren manche darunter, die mit ihrer Dummheit Staat machen konnten; aber mit dem, was wir im Kriege an Majorendumheit manchmal auf einen Haufen gesehen haben, können sie sich doch nicht messen.

Im übrigen können wir auf die ganzen Angriffe nicht näher eingehen. Der Vortrag wurde im Rahmen der Volkshochschule gehalten, und hielt sich als solcher im Rahmen absoluter Sachlichkeit. Nachträglich ein parteipolitisches Gezänk daraus zu machen, das käme einer absoluten Verkennung des Vortragzieles gleich.

Dieser Tage lief der Dampfer „Anni Hugo Stinnes“ im hiesigen Hafen mit der alten schwarz-weiß-roten Flagge ein. Der Kapitän vertrat die Ansicht, daß die Stinneslinie sich an die Reichsvorschrift nicht zu halten brauche; dazu sei Stinnes viel zu mächtig; außerdem habe er keine neue

Flagge. 1500 Mark Geldstrafe war die Antwort des Polizeiamts. Und jetzt war Stinnes auf einmal nicht mehr so ungeheuer mächtig, und auch die neue Flagge war auf einmal vorhanden: Heute früh 8 Uhr zeigte bei der Ausfahrt in Travemünde der Dampfer das vorchriftsmäßige deutsche Seezeichen.

Die Sachleistungen.

SPD. Berlin, 28. Februar.

Pariser Blätter veröffentlichten am Dienstag angebliche Einzelheiten aus den vorläufigen Abmachungen über die Sachleistungen zwischen einer Delegation der Reparationskommission und der Reichsregierung. Es wird bemerkt, daß die nachfolgenden Bestimmungen als Zusatznote zum Pariser Abkommen gedacht sind:

1. Für das Jahr 1922 belaufen sich die Barzahlungen auf 720 Millionen Goldmark und die Sachleistungen auf 1450 Millionen Goldmark. Wenn der Betrag der Sachleistungen nicht erreicht wird, so erhöht sich dadurch die Barzahlungen um den entsprechenden Betrag.
2. Die Bestellungen werden zum Weltmarktpreis gegeben und von der Reichsregierung an deutsche Private in Papiermark vergütet.
3. Für die Bestellungen wird kein Maximum festgesetzt. Die größeren Bestellungen können direkt abgeschlossen werden, d. h. direkt zwischen dem deutschen Erzeuger und dem französischen Verbraucher.
4. Das Minimum der Bestellungen beträgt 1500 Goldmark.
5. Die Bestellungen, die mehr als 25 % fremde Rohstoffe erfordern, werden vollständig vom Käufer bezahlt, für die Bestellungen von Eisen und Stahl wird der Käufer eine Barzahlung von 35 % leisten.
6. Kupfer, Zement und einige chemische Produkte sind von den Abmachungen ausgeschlossen.
7. Die Bestellungen können nur zwischen wirklich bekannten Häuflern abgeschlossen werden.
8. Die Industrietarife, die im Vertrage hinsichtlich der Reparationen vorgesehen sind, verschärfen, ebenso das deutsche Reichsministerium für den Wiederaufbau.
9. Die Bestellungen beziehen sich vorzugsweise auf deutsche Erzeugnisse, die der Industrie der Abnehmerländer keine Konkurrenz machen.
10. Die Abmachungen werden von den alliierten Sachverständigen geprüft werden.

Soweit wir unterrichtet sind, bilden die von der Pariser Presse angegebene Punkte nur einen Teil der vorläufigen Abmachungen. Die Reichsregierung wird die Vereinbarungen mit der Reparationskommission am Mittwochabend veröffentlicht.

Lloyd George über die englische Politik in Ägypten.

Amsterdam, 1. März.

Aus London wird gemeldet: Im Unterhause erklärte Lloyd George über die Lage Ägyptens, daß das Standrecht, das dort verhängt worden ist, nicht eingeführt wurde, um die britische Politik in Ägypten zu befestigen. Man müsse es der ägyptischen Regierung überlassen, die notwendigen Gesetzesverordnungen vorzunehmen und die britische Regierung habe nicht vor, der ägyptischen Regierung irgendwelche Schwierigkeiten zu bereiten. Lloyd George kam darauf auf die Substanzfrage zu sprechen und sagte, daß die britische Regierung nicht zulassen könne, irgendeine Veränderung in dem Status des Sudan einzutreten zu lassen, wodurch das britische Kapital geschädigt würde. Auf der anderen Seite will die britische Regierung die Wasserversorgung Ägyptens und die Integrität der ägyptischen Sprache garantieren.

Die englische Regierung zur Flucht Bolds und Dithmars.

London, 28. Februar.

Im Unterhause fragte ein Mitglied der Regierung, ob die Aufmerksamkeit auf die Tatsache gelenkt werden sei, daß die U-Boot-Offiziere, Oberleutnant Boldt und Leutnant Dithmars, aus dem Gefängnis entwichen seien, und ob die britische Regierung irgendwelche Erkundigungen bei der deutschen Regierung über die Umstände dieser Flucht eingeschoben habe und ob die Flüchtigen bisher verhaftet worden seien.

Der Attorney-General antwortete, die britische Regierung habe eine Anfrage und einen mündlichen Protest an die deutsche Regierung gerichtet. Diese habe die Zusicherung gegeben, daß sie jeden möglichen Schritt getan habe, um die Wiedererhaftung der Offiziere zu sichern. Bisher sei jedoch keine Mitteilung erfolgt, daß die Offiziere verhaftet worden seien.

Lloyd George und Poincaré.

Opposition gegen ein Bündnis mit Frankreich.

London, 27. Februar.

„Manchester Guardian“ schreibt in einem Leitartikel, die Regierung werde wahrscheinlich das Parlament auflösen, sobald sie für die Neuwahlen bereit sei. Die Zwischenzeit bis dahin sei jedoch von ernster Bedeutung. Die Verhandlungen zwischen Lloyd George und Poincaré in Doulogne würden vielleicht die Zukunft des Landes für ein Jahrzehnt beeinflussen. Der Premierminister dürfe das Land nicht zu Verbindlichkeiten verpflichten, die zukünftige Gefahren in sich bergen. Eine militärische Verpflichtung Frankreich gegenüber dürfe nicht übernommen werden. Ein Sonderabkommen würde dem Geiste und den Bestimmungen des Völkerbundesvertrages zuwiderlaufen. Eine Politik der Sonderbindnisse und Sonderverpflichtungen dürfe keine liberale oder Arbeiterregierung in der Zukunft fortsetzen wollen, und die letzten Ereignisse deuten nicht auf eine Niederlage dieser beiden Parteien bei den Neuwahlen hin. Diese Parteien hätten ein Recht, darauf zu bestehen, daß ihre Ansichten in dieser lebenswichtigen Frage in Betracht gezogen werden.

Aburteilung der Kriegsbeschuldigten vor internationalen Gerichtshöfen?

London, 1. März.

Nach einem offiziellen Bericht Englands, daß von der Aufstellung der Kriegsbeschuldigten durch Frankreich nichts weniger als angeregt berührt ist, sollen die Kriegsbeschuldigten vor internationalen Gerichtshöfen geladen werden, die in Frankreich, England und Italien ihren Sitz haben sollen. Diese Gerichtshöfe sollen jedoch lediglich die Angelegenheiten der einzelnen Fälle zu klären, zu untersuchen und Einzelurteile fällen. Das endgültige Urteil soll dann auf Grund dieser Urteile vor dem höchsten Gericht des Reiches gefällt werden.

Wieder 31 Millionen Goldmark.

Paris, 28. Februar.

Wie der Wiederherstellungsausschuß berichtet, ist heute von der deutschen Regierung eine neue Zahlung von 31 Millionen Goldmark geleistet worden.

Der Temps schreibt, obgleich die Schätzungen noch nicht abgeschlossen seien, nehme man den Wert der Zahlungen, Lieferungen und Leistungen jeder Art durch Deutschland bis zum 1. Mai 1921 mit 7½ Milliarden an. Von diesem Zeitpunkt an bis heute stellten die Barzahlungen und Sachlieferungen etwas weniger als 2 Milliarden Goldmark dar. Deutschland hätte also seit dem Waffenstillstand in runden Ziffern zwischen 9 und 9½ Milliarden Goldmark gezahlt.

Nach der italienischen Ministerreise.

Rom, 27. Februar.

Die Abgeordneten Turati, Treves und Modigliani sind vom leitenden Ausschuß der sozialistischen Partei zurückgetreten. Der Grund hierfür liegt in Unstimmigkeiten anlässlich der Haltung zur Ministerreise. Die genannten Abgeordneten treten für eine positive Mitarbeit nach dem Vorbilde der Volkspartei ein, um den Sozialisten einen großen Einfluß auf die Politik zu sichern. Die Parteileitung und der radikale Flügel der Kammergruppe erklärte sich jedoch gegen jene Aenderung der Taktik.

Die Regierung de Facta wird sich in der ersten Hälfte des März dem Parlament mit ihrem Programm vorstellen. Auf das voraussichtliche Programm der Regierung können vorläufig nur aus der Zusammenlegung des Kabinetts Schlüsse gezogen werden. Dabei ist zu beachten, daß der Einfluß der Anhänger Giolittis überwiegend ist. Neben de Facta sind auch der Außenminister Senator Schanzer und der Schatzminister Penco als unbedingte Anhänger Giolittis anzusprechen, ferner ebenfalls von der demokratischen Kammergruppe der Justizminister Luigi Rossi und für Handel und Industrie Minister Teofilo Rossi. Der Finanzminister Bertone, der der katholischen Volkspartei angehört, hat auf dem letzten Kongresse dieser Partei das Finanzprogramm Giolittis vorbehaltlos in Schutz genommen. Trotz der Orientierung nach links, die sich aus der Zusammenlegung des Kabinetts ergibt, hat die nationale Rechte ihre Mitwirkung und Unterstützung zugesagt. In der unbedingten Opposition bleiben lediglich die Sozialdemokraten, trotzdem ihnen de Facta auf dem Gebiete der inneren Politik Konzessionen gemacht hat.

Zurzeit findet die Verteilung der Unterstaatssekretariate statt, von denen den Katholiken 5 und den Demokraten 9 zugesprochen werden sollen. Zum Unterstaatssekretär des Ministerpräsidenten soll der Abgeordnete Casorano ernannt werden.

Wichtige Reichstagsberatungen.

SPD. Berlin, 28. Februar.

Am kommenden Freitag findet im Reichstag die namentliche Abstimmung über das Reichsmietengesetz statt. Es ist dringend notwendig, daß alle sozialdemokratischen Abgeordneten zur Abstimmung anwesend sind.

Am übrigen wird im Laufe des Freitag und Sonnabend der Etat des Reichsschatzministeriums und des Ministeriums für Wiederaufbau zur Beratung stehen.

Das Steuerkompromiß.

Berlin, 28. Februar.

Ueber den Verlauf der Steuerkompromiß-Beratungen werden in der Öffentlichkeit die verschiedenartigsten Mitteilungen gemacht. Neuerdings weiß das „Berliner Tageblatt“ — auf Grund weissen, ist uns unbekannt — mitzuteilen, daß nach den ersten drei zinsfreien Jahren ein niedriger Zinsfuß für die Zwangsanleihe in Betracht kommt, und daß die Veranlagung zur Zwangsanleihe nicht nach der Reichsnotopferveranlagung mit dem 31. Dezember 1919 als Stichtag, sondern nach der Vermögenssteuerveranlagung für 1922 erfolgen soll. Da die Steuerveranlagung für das laufende Jahr noch nicht fertiggestellt ist, sollen voraussichtlich bestimmte Vorauszahlungen auf die Zwangsanleihe in Höhe eines Notopferdrittels angeordnet werden können. Ueber die sonstige Art der Eingahlung der Anleihe weiß die genannte Quelle zu melden, daß die Erhebung ratenweise erfolgen soll, und zwar so, daß die Eingahlung der Zwangsanleihe bis zum Frühjahr 1923 erfolgt ist.

Alle vorstehenden Weisheiten sind entweder Pläne des Reichsfinanzministeriums oder Kombinationen der „Berliner Tageblatts“. Den Regierungsparteien ist von diesen Plänen bisher noch nichts bekannt, sodaß also eine Stellungnahme noch nicht erfolgen konnte. Die Sozialdemokratie behält sich vor, bei dem Wiederzusammentritt des Reichstages am kommenden Freitag Schritte zu unternehmen, um einmal ihre Absichten und Wünsche in bezug auf das Steuerkompromiß vorzutragen und andererseits eine Klärung über das zurzeit bestehende Durcheinander im Reichsfinanzministerium herbeizuführen.

Groß-Hamburg?

Am Montag begannen in Berlin die Verhandlungen über Groß-Hamburg. Der preussische Ministerpräsident eröffnete die Verhandlungen mit kurzen Begründungen, worin er hervorhob, daß die preussische Regierung verkenne nicht, daß eine sachgemäße Ausgestaltung des hamburgischen Hafengebietes zur Ermöglichung einer wirtschaftlichen Hochleistung nicht nur im besonderen hamburgischen, sondern im allgemeinen deutschen wirtschaftlichen Interesse liegt. Die preussische Regierung gehe mit dem Senat Hamburgs sonach im Ziele einig, und es werde die Aufgabe der Verhandlungen sein, den richtigen, allen berechtigten Interessen Rechnung tragenden Weg zu diesem und zum Wohl unserer deutschen Wirtschaft zu erstrebendem Ziele zu finden. Wenn beide Teile partikuläre Sonderinteressen zurückstellen, würde es möglich sein, das Problem in kürzester Zeit befriedigend zu lösen.

Berlin, 28. Februar.

Heute nachmittag fand die zweite Beratung zwischen Vertretern Preussens und Hamburgs über die Groß-Hamburg-Frage statt. Nach mehrwöchiger Dauer wurde die Sitzung beendet und die Verhandlungen wurden auf einen späteren, noch bekannt zu gebenden Zeitpunkt verlagert. Unterdessen werden sowohl die Vertreter Preussens als auch Hamburgs mit ihren Behörden weitere Beratungen pflegen. Bisher hat in den Berliner Beratungen nur eine allgemeine Aussprache und Fühlungnahme zwischen den Beteiligten stattgefunden.

Die neue Elbeakte.

Nach dreiwöchigen Verhandlungen der internationalen Elbekommission ist die neue Elbeakte abgeschlossen worden. Die Unterzeichnung wird erfolgen, sobald das Vertragsinstrument fertiggestellt ist. Die internationale Elbekommission, die durch den Friedensvertrag eingeleitet ist und aus vier Vertretern Deutschlands, zwei Vertretern der Tschechoslowakei und je einem Vertreter der übrigen vier Staaten besteht, wird ihren ständigen Sitz in Dresden haben. Den Vorsitz führen die einzelnen Vertreter in einer jährlich wechselnden Reihenfolge. Die Kommission wird jährlich zweimal zusammentreten. Ein ständiges Generalsekretariat wird in Dresden errichtet werden. Für die ersten zehn Jahre wird der Generalsekretär ein Deutscher, sein Vertreter ein Tscheche sein. In der Zukunft werden dann in der Besetzung beider Posten Tschechen und Deutsche abwechseln. Für den Schriftverkehr der Kommission sind alle Sprachen gleich berechtigt, jedoch wird bei Auslegungen der französischen Wortlaut maßgebend sein. Beschlüsse werden im allgemeinen mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt. Falls ein Staat eine Entscheidung für rechtlich unzulässig und seinen Interessen zuwiderlaufend ansieht, so kann er Klage bei dem ständigen Gerichtshof des Völkerbundes erheben, der vor wenigen Tagen im Haag eröffnet wurde.

Zur Kompetenz der Kommission gehört das ganze internationale Flußgebiet der Elbe, nämlich die Elbe selbst von der Mündung bis zum Einfluß der Moldau und aufwärts bis Prag. Die materiellen Bestimmungen der Akte dienen dem Zweck, die Freiheit der Schifffahrt mit Gleichberechtigung aller Nationen sicherzustellen und der Elbeschifffahrt alle möglichen Erleichterungen zu gewähren. Insbesondere sind solche Erleichterungen für den reinen Durchgangsverkehr vorgesehen um der Tschechoslowakei, die ohne Meeresküste ist, einen möglichst ungehinderten Zugang zum Meere zu verschaffen. Für die Unterhaltung der Häfen haben die Uferstaaten ähnliche Zusicherungen gegeben wie für die Fahrrinne selbst. Die Uferstaaten übernehmen es, die Wasserstraße in gutem Zustande zu erhalten. Die Zuständigkeit der Gerichte wird durch ein späteres Abkommen neu geregelt werden.

Die Gelben an der Arbeit.

„Ein neuer Eisenbahnerstreik?“

In den nächsten Tagen sollte in der bürgerlichen Presse eine Notiz erscheinen, die der „Reichsbund Deutscher Berufsbeamten“ von der TU. verbreiten lassen wollte. Es handelt sich um eine Entschließung als Ergebnis einer Besprechung von 15 Beamtenorganisationen, die etwa wie folgt lautet: „Die 15 vertretenen Verbände lehnen das Beamtenstreikrecht als unvereinbar mit dem Berufsbeamtenstand ab; sie verlangen an Stelle der im Werden begriffenen Beamtenräte Beamtenkammern als öffentlich-rechtliche Körperschaften und erklären sich ferner bereit, dahin zu wirken, daß der Einfluß der freien Gewerkschaften auf die Gestaltung der Beamtenangelegenheiten gebrochen werde.“ — Außerdem wird in der Entschließung, welche ohne jede Abstimmung „angenommen“ wurde, die

Gründung einer wirtschaftsfriedlichen Eisenbahnbeamtenorganisation

angekündigt.

Die Sitzung, in der diese Entschließung „gefaßt“ wurde, fand am 25. Februar statt. Sie war streng vertraulich und man hatte zu ihr nur Organisationen geladen, die weder dem Deutschen Beamtenbund noch den sogenannten politischen Gewerkschaften angehören. Als Zweck der Konferenz war auf den Einladungs-schreiben angegeben, Mittel und Wege zu finden, den unerträglichen Einfluß der Beamtenorganisationen (ohne Ausnahme) zu brechen.

In der Sitzung hielt der Reichsgerichtsrat und Vorsitzende des Rechtsausschusses des Deutschen Beamtenbundes Dr. Hüfner ein scharfes Referat. Er behauptete, daß sich nach der Revolution neben den offiziellen Gewalten des demokratischen Staates andere, inoffizielle, gebildet hätten, die unter ganzem öffentlichen Leben in unerträglicher Weise beeinflussten. Dies seien die sogenannten Gewerkschaften. Leider gerieten auch die Beamten immer mehr unter ihren unheilvollen Einfluß.

In der Diskussion teilte Eisenbahningenieur Kröpfer (Hannover) mit, daß der Verband der Eisenbahnbeamten aus der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten ausgeschieden sei. Bei Ausbruch des Eisenbahnbeamtenstreiks sei vom Reichsverkehrsminister

seiner Organisation die Leitung der Streikabwehr übertragen worden. Er schlug scharflich die Bildung von Ausschüssen vor, welche den Kampf gegen die linksgerichteten Organisationen aufnehmen sollten. Besonderen Wert legte er auf die Bildung eines „Antistreikausschusses“, der in Fühlung mit der Technischen Hochschule die Vorbereitungen für den kommenden Eisenbahnerstreik zu treffen habe.

Alsdann äußerte sich der Führer der Gelben, Reichstagsabgeordneter Geisler (Dt. Sp.). Nach seinen Informationen werde

der neue Streik der Eisenbahner am 10. März

bestimmt einsetzen. Diesen Streik würden auch die nicht linksgerichteten Elemente mitmachen, weil er sich gegen die von den bürgerlichen Parteien verlangten und vom Reichsverkehrsminister beabsichtigten Maßnahmen wende. Man könne durchaus verstehen, daß die Eisenbahnbeamten sich nicht von dunklen Chrenmännern, als die sie

die heute in der Regierung sitzenden Persönlichkeiten

einmal betrachteten, maßregeln lassen wollen. Denn daß der Beamtenstreik überhaupt möglich gewesen ist, daran trägt die Regierung die alleinige Schuld. Bei dem kommenden Eisenbahnerstreik liege allerdings die Gefahr nahe, daß die Kommunisten versuchen würden, die Bewegung für sich auszunutzen. Deutsche Gelder würden in Rußland in Massen herabgelassen; daher verfüge auch die Reichsgewerkschaft der Eisenbahner über so zahlreiche Gelder. (1) Den Führern der Reichsgewerkschaft sei überhaupt nicht zu trauen. Sie können ebenso gut nach rechts wie nach links. Auch er forderte die

schnelle Schaffung eines Antistreikausschusses.

Er sei Vertrauensmann der Technischen Hochschule bei den bürgerlichen Parteien und werde voll und ganz seinen Namen stehen. Am übrigen müsse für die Befolgung der Lokomotivführer etwas getan werden. Ebenso müsse auch für die Schupo etwas geschehen, damit diese im Ernstfall nicht versage.

Es wurde schließlich versucht, vier Ausschüsse zur Aufnahme der Verhandlungen usw. zu bilden, doch kam nur ein Organisationsausschuß und der Antistreikausschuß zustande und auch nur dadurch, daß die Drahtzieher sie selbst bildeten. So besteht der „Antistreikausschuß“ aus den Herren Geisler und Kröpfer.

Herr Geisler will noch einen Lokomotivführer an die Hand haben, der mitmachen würde, und zwar ein früheres Vorstandsmitglied der Reichsgewerkschaft.

Der Reflexion ihrer Absichten hatten sich die meisten Organisationsvertreter durch kluge Klugheit entzogen, so daß die ganze Sache als ein Scheitern bezeichnet werden kann. Immerhin hat die organisierte Beamtenenschaft Ursache, die Augen offen zu halten. Insbesondere dürfte sich die Reichsgewerkschaft noch mit der Sitzung und den auf sie gerichteten Angriffen zu befassen haben.

Das Aufbau-Syndikat.

London, 28. Februar.

Der Bericht des Organisationsausschusses der zentralen Korporation und der nationalen Korporation über die Ergebnisse der Konferenz, die in der letzten Woche in London stattfand, besagt: Die Konferenz, an der Vertreter Groß-Britanniens, Frankreichs, Italiens, Belgiens, Japans, Deutschlands und Dänemarks sowie nichtoffiziell der Vereinigten Staaten teilnahmen, verpflichtete die Alliierten dazu, Anstrengungen zur Schaffung von nationalen Korporationen in verschiedenen Ländern zu unternehmen.

In London soll eine zentrale internationale Korporation errichtet werden. Der Hauptzweck der Korporation wird sein, die Prüfung der Gelegenheiten zu Unternehmungen im Zusammenhange mit dem europäischen Wiederaufbau und die Unterstützung bei der Finanzierung deutscher Unternehmen. Die Politik der Korporation wird sein, wo dies möglich ist, mit anderen Unternehmungen zusammenzuwirken und nicht zu versuchen, irgendein Monopol zu schaffen.

Es ist beabsichtigt, die nationalen Korporationen soweit wie möglich zusammenwirken zu lassen, und zwar unter der Kontrolle der zentralen internationalen Korporation, von der alle diese nationalen Korporationen Anteilsscheine besitzen sollen und in deren Leitung sie alle vertreten sein werden. Um dies zu erreichen, wird ein Übereinkommen zwischen allen Korporationen auf der Grundlage eines von der Konferenz gebilligten Entwurfs abgeschlossen werden.

Die Konferenz genehmigt ein Memorandum und die Statuten der geplanten britischen nationalen Korporationen, die die Grundlage für die Bildung der verschiedenen nationalen Korporationen sein werden.

Das Gesamtkapital der nationalen Korporationen wird auf 20 Millionen Pfund Sterling festgesetzt, von denen 25 Prozent sofort eingefordert werden sollen. Zur Erhebung dieses Kapitals werden, wo dies notwendig ist, Regierungsgarantien verlangt werden. Das Anfangskapital der zentralen internationalen Korporation wird zwei Millionen Pfund Sterling betragen und wird in der Weise beschafft werden, daß die nationalen Korporationen etwa 10 Prozent ihres Stammkapitals zeichnen. Es wird vorgeschlagen, daß die zentrale Korporation von den englischen Steuern freibleibt.

Folgende Länder wurden eingeladen, 20 Prozent der Gesamtsumme und 20 Millionen Pfund, die erhoben werden sollen, zu zeichnen: Großbritannien, Frankreich, Italien, Deutschland und Belgien. Man kam überein, daß die folgenden Länder ebenfalls zur Teilnahme eingeladen werden sollen: die Vereinigten Staaten, Japan, Dänemark, Holland, die Schweiz und die Tschechoslowakei.

Die Delegierten waren übereinstimmend der Ansicht, daß die Korporationen nicht mit oder in irgend einem Lande Geschäfte betreiben sollen, das nicht alle Schulden und Verpflichtungen anerkennt, die früher von dem Staat eingegangen wurden bzw. später eingegangen werden; desgleichen die Verpflichtung, alle ausländischen Werte zurückzuerstatten bzw. für Verlust zu entschädigen, der ihnen durch Beschlagnahme von Eigentum zugefügt wurde, außerdem mit keinem Lande, das nicht durch ein gesetzliches System Handel und andere Verträge mit Unparteilichkeit rechtlich schützt oder erzwingt und das keine Sicherheiten für den Handel bietet.

„Times“ schreibt zu obiger Veröffentlichung, daraus sei ersichtlich, daß die Delegierten auf der Konferenz Russland von dem Plan ausgeschlossen hätten. Als praktische Geschäftsleute seien sie dazu verpflichtet gewesen.

„Daily Chronicle“ sagt, das Memorandum und die Statuten der geplanten britischen Korporation bildeten einen Hinweis auf den Umfang der Aufgaben, die die nationale Korporation vielleicht übernehmen werde. Darunter befinden sich der Bau von Eisenbahnen und Hotels, Docks, Bewässerungswerken, Schiffen, Straßenbahnen, Häfen, elektrischen Werken sowie Urbarmachungsarbeiten. Unter den anderen Aufgaben, die sich die Korporationen stellen, sei die Ausleihung von Geld gegen Sicherheiten und überhaupt die Führung von Bankgeschäften vorgesehen.

Volkspartei und Zwangsanleihe.

Das Finanzministerium erklärt: Die in der Abendausgabe der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom Montag, dem 27. Februar 1922, unter der Überschrift „Das Steuerkompromiß“ enthaltene Auslassung über die Besprechung des Reichsfinanzministers Dr. Hermes mit Vertretern der Deutschen Volkspartei entspricht nicht den Tatsachen.

Dr. Hermes hat keinerlei Mitteilung über eine zwischen Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten erfolgte Einigung über das Mantelgesetz gemacht und war dazu auch gar nicht in der Lage, da eine solche Einigung über die endgültige Fassung des Mantelgesetzes noch gar nicht vorliegt. Ebenfalls hat er in dieser Besprechung von Differenzen zwischen den beiden bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie hinsichtlich des Zeitpunktes der Erhebung der Zwangsanleihe gesprochen. Er hat nur darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokratie unter allen Umständen darauf bestünde, noch im laufenden Jahre Mittel aus der Zwangsanleihe flüssig zu machen, daß dies aber nach Ansicht des Finanzministeriums nur geschehen dürfe unter Vermeidung einer neuen unerträglichen Belastung der Finanzämter. Er hat deshalb ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das ganze Problem darauf hinausläufe, unter Sicherstellung der Sanierung der Finanzverwaltung doch einen größeren Betrag schon in diesem Jahre aus der Zwangsanleihe herauszuholen. Er hat die Vertreter der Deutschen Volkspartei besonders gebeten, diesem Problem ihre Aufmerksamkeit zu schenken; und Vorschläge in dieser Hinsicht zur künftigen Beratung erbeten.

In dieser Besprechung ist im übrigen die Frage der von der Deutschen Volkspartei verlangten sachlichen und persönlichen Garantien, sowie einer etwaigen Koalitionsverweigerung überhaupt von keiner Seite erörtert worden.

Goethe-Woche in Frankfurt a. M.

Rede des Reichspräsidenten.

Anlässlich der in Frankfurt a. M. beginnenden Goethe-Woche traf Reichspräsident Ebert mit Reichsminister Dr. Koerber und Kultusminister Dr. Voelckh in Frankfurt a. M. ein. Sonntag

abend fand in den Räumen der Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft ein Begrüßungsabend statt, auf dem der Vorsitzende der Gesellschaft, Dr. Kassenberg, den Reichspräsidenten willkommen hieß und ihm dafür dankte, daß der Vertreter des deutschen Volkes die Gelegenheit wahrgenommen habe, der Welt zu beweisen, daß die wahren Kulturwerte dem deutschen Volke in Erinnerung an seine größten Söhne warm am Herzen liegen.

Der Reichspräsident dankte für die freundliche Begrüßung und fuhr dann fort:

„Ihr Herr Vorsitzender hat die Bedeutung der Frankfurter Goethe-Tage dahin gekennzeichnet, daß das deutsche Volk in Erinnerung an Goethe als einen seiner größten Söhne den Begriff echter, wahrer Kulturwerte vor aller Welt darzustellen wolle, damit Goethe, seine dichterische Gestalt sowohl wie sein ganz bedeutendes Erdenleben als Mensch, gewissermaßen als Symbol aufgestellt werde für das, was wir selbst unter deutschem Wesen verstehen und was die Welt darunter verstehen sollte. Neu ist aber, daß wir jetzt Lebenden das Bewußtsein haben, das diese Zeit erfüllt, daß wir entschlossen sind, Goethe aus dem kleinen Kreis der Fachgelehrten und Bewunderer herauszuführen und ihn der ganzen Nation zu geben, für die er gelebt hat — darin sehe ich auch die besondere Bedeutung Ihrer Veranstaltung. Deshalb bin ich und mit mir die offiziellen Vertreter der Reichsregierung und der Preussischen Regierung der freundlichen Einladung gern gefolgt. Wo der Besuch unternommen werden soll, Goethe als großen Menschen zu feiern, in dessen Licht und Wärme sich die ganze lebende Generation, das ganze Volk und auch seine politische Organisation, das Reich, die Länder stellen sollen, darf auch die amtliche Leitung des Reiches und des Landes nicht fehlen. Nach dem, was wir im letzten Jahrzehnt erlebt haben, ist es bitter nötig, nach solchen Wegweisern für die Gegenwart und Zukunft zu suchen. Goethe ist ein solcher Wegweiser nicht allein, weil er ein großer Dichter war und die bedeutendsten Geschenke an die Menschheit hinterlassen hat, sondern weil er in diesen Werken und in seinem Leben alles aufs glücklichste entwickelt und offenbart hat, was das deutsche Volk nach seiner ganzen Veranlagung und Stellung im Kreise der Kulturvölker zu leisten vermag. Lassen wir uns in dieser Auffassung durch nichts beirren! Wohl ist es richtig, daß Goethe das Nationale in das Menschliche hinaus entwickelt und aus fremden Kulturquellen gern und freudig geschöpft hat, aber das soll nicht hindern, auch hierin den großen objektiven Weltgeist zu achten und zu bewundern. So wollen wir Goethe für unsere Zeit gewinnen, weil wir glauben, daß in ihm das deutsche Volk das Fundament findet, auf dem es seine Gegenwart und Zukunft sicher errichten kann. In diesem Sinne möge von den Frankfurter Tagen ein neuer Impuls für das geistige und politische Deutschland ausgehen, Goethe zum zweitenmal von Frankfurt aus den Weg in das deutsche Volk gehen, von der Stadt aus, die wie keine andere in Deutschland geeignet und berufen ist, die Tradition des großen Sohnes zu pflegen und in ihrer glücklichen Lage an dem Fluße, der den Süden und Norden Deutschlands trennt, ein festes Bindeglied zu sein zwischen Ländern, Stämmen und Menschen verschiedener Eigenart. Wie Goethe nicht Frankfurter Bürgerohn geblieben ist, sondern sich zu einem Geist entwickelte, in dem ganz Deutschland und die ganze Welt sich spiegeln, so ist auch das heutige Frankfurt nicht mehr das Frankfurt der Goethe-Zeit, sondern eine Stadt, deren Horizont weit über Deutschland in die Welt hinausgewachsen ist. Mögen beide, die Stadt und ihr großer Sohn, unserm Volke dergestalt Führer sein, daß wir Herkunft, Vergangenheit und das Heimatlische treu bewahren, diesen festen Besitz aber so entwickeln, daß er mehr und mehr auch fremder Achtung und Bewunderung zugänglich wird.“

„Wir, Wilhelm von Gottes Gnaden . . .“

Dieser Tage wurde uns von einem Seemann ein neues Seefahrtsbuch vorgelegt. Es ist ausgestellt im Jahre 1922, von einer Behörde der Republik also. Gedruckt ist es frühestens 1920, denn an der Stelle des alten Reichsadlers schaut der Adler der Republik melancholisch ins Weite. Blättert man in dem Heftchen etwas weiter, so fällt man aus einem Erstaunen ins andere. Auf Seite 31 ist groß und breit zu lesen: **Wir, Wilhelm von Gottes Gnaden, Deutscher Kaiser, König von Preußen usw., verordnen . . .** was folgt:

Auf Seite 53 fängt das gleiche Gebet nochmals an, und auf Seite 55 erst recht. Am Schluß ist noch ein weiteres sehr interessant. Wilhelm von Gottes Gnaden persönlich waren wohl verhindert zu unterschreiben zu geruhen; mußte also der Kronprinz sich die Mühe geben. „Im Allerhöchsten Auftrage Seiner Majestät des Kaisers und Königs: **Wilhelm, Kronprinz.**“ Ist die Republik nicht sehr weitherzig?

Agrarbewegung in Nordamerika.

Von Virgil Jordan.

Der Faktor in der wirtschaftlichen und politischen Lage der Vereinigten Staaten, der derzeit die stärkste Beachtung verdient, ist zweifelsohne die Entwicklung einer ausgesprochen agrarischen Klassenbewegung und deren Auswirkung in den innerpolitischen Ereignissen. Die Bewegung ist an sich nicht neu; Kongreßvertreter und Senatoren aus den Agrarstaaten sind unabhängig von der Parteizugehörigkeit seit über einem Jahre bereits als aktive Gruppierung hervorgetreten; aber ihre Stärke und ihr Einfluß auf die Legislative sind neuerlich so markant geworden, daß die Bewegung für die republikanische Regierung ein fast schon heikles Problem darstellt. Dieser Einfluß hat sich besonders bemerkbar gemacht bei Gelegenheit der Zoll- und Steuergesetzgebung, ist aber auch bei anderen wichtigen Fragen, wie der der Eisenbahnen, die jetzt zur Beratung steht, fühlbar geworden und er hat nicht in der Richtung der Pläne der Regierung gewirkt. Harding hat in Reden verschiedentlich sich mahnend gegen eine einseitige Politik der Farmergruppe ausgesprochen und hat schließlich, teilweise wohl auch um diese zu versöhnen, eine Landwirtschaftskonferenz einberufen, die sich mit der derzeitigen Notlage der Farmer befassen sollte und die sich soeben wieder vertagt hat.

Als neueste Phase erscheint eine von der Regierung herbeigeführte Schwächung und vielleicht Veruneinigung der Agrargruppe im Senat. Angesichts der Frage der Fundierung der Schuld der Alliierten bei den Vereinigten Staaten drohte nämlich eine völlige Durchbrechung des Parteiessens; dies wurde von Harding abgewendet durch die Berufung des intransigentesten Führers des Farmerblocks, des Senators Kenyon, auf eine hohen Richterposten, womit der Verzicht auf den Platz im Senat und automatisch das Ausscheiden aus

der Politik überhaupt und der Stellung als Führer des Farmerblocks verbunden ist.

Die bereits erwähnte Landwirtschaftskonferenz, die den Weg eröffnet zu haben scheint für eine gewisse Zügelung der Macht der Farmergruppe, hat verschiedene Maßnahmen für eine Besserung der wirtschaftlichen Position des Farmers in Vorschlag gebracht, die in der Hauptsache auf der Anwendung finanzieller Prinzipien beruhen, die den Besonderheiten der Landwirtschaft als „Industrie“ gerecht werden, und auf der Schaffung besserer Einrichtungen für die Vermarktung der Farmererzeugnisse, einschließlich billiger Transportmöglichkeiten. Aber die hauptsächlichste Bedeutung dieser Konferenz bestand darin, daß sie die verschiedenen Beschwerden und Nöte des Farmerstandes wieder zur Kenntnis des breiten Publikums brachte und daß die Bewegung in manchem Belang als eine Rebellion des (mittleren) agrarischen Westens gegen den industriellen Osten darstellte.

Agrarbewegungen sind in den Vereinigten Staaten nichts durchaus Neues; sie traten besonders hervor während der Wirtschaftsdpressionen nach dem Bürgerkrieg und der des Jahres 1892 und führten schon damals zur Erhebung von Forderungen ähnlich der heute vorgebrachten Gewährung von Kreditleichterungen und Revision der Zolltarife; sie waren damals wie heute die Folge einer wirtschaftlichen Notlage der Farmer durch den viel stärkeren Preisrückgang der Farmererzeugnisse gegenüber dem der anderen Waren.

Eine deutliche Sprache führt die folgende, auf amtlichem Material beruhende Gegenüberstellung der Löhne der Eisenbahner, der Löhne der Gewerkschaften in 72 Industrien, der landwirtschaftlichen Löhne und der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse:

	Eisenbahnerlöhne	Gewerkschaftslöhne	Landwirtschaftslöhne	Preise für Ernteerzeugnisse und Vieh
1913	100	100	100	100
1914	105	102	99	103
1915	109	103	100	98
1916	113	107	109	119
1917	129	114	137	185
1918	189	133	171	207
1919	227	155	202	213
1920	272	199	235	185
1921	283	175	192	122

Die schlimme Lage des Farmers geht ferner hervor aus Tatsachen wie der, daß im Jahre 1921 gegen 340 000 Ballen Baumwolle mehr exportiert worden sind als 1920 für eine Bezahlung, die noch nicht die Hälfte der für die Ernte von 1920 erzielten beträgt. Die Zahlen für Reis sind ähnlich: Mehrausfuhr um rund 40 Prozent, Minderbezahlung um rund 40 Prozent.

Die Agrarbewegung von heute geht jedoch nicht auf rein wirtschaftliche Motive zurück. Sie gehört zu den Symptomen des Uebergangs der Vereinigten Staaten aus einem vorwiegend agrarischen in ein Industrieland, bei welchem Uebergang bisher die landwirtschaftlichen Interessen den industriellen stark untergeordnet worden sind, wie sich das im einzelnen darin zeigt, daß die Kredit-, Transport- und Vermarktungsmöglichkeiten günstiger für die Industrie sind als für die Landwirtschaft, daß die Rückbildung der Preise die landwirtschaftlichen Erzeugnisse am stärksten getroffen hat, daß die Industrie den Ton angibt bei der Gestaltung der Löhne wie der Preise, daß für das ländliche Leben nichts getan wird, daß die Bevölkerung nach den Städten abwandert usw. Von 1910 auf 1920 ging der in der Landwirtschaft beschäftigte Teil der Bevölkerung um 7 Prozent zurück. Wenn auch die Landwirtschaft immer noch den größten Erwerbszweig des Landes, am Wert ihrer Erzeugnisse gemessen, darstellt, so hat sich zwischen 1910 und 1920 das Verhältnis der Zahl der von ihr Beschäftigten zu der von der Industrie Beschäftigten gerade umgekehrt.

Hand in Hand damit geht eine Umstellung in politischer oder psychologischer Beziehung. Der alte agrarische Konservatismus wird liberal, gemessen an der Haltung der Industrie. Er gewinnt ein zusehends radikales Gesicht bei den sich mehrenden Konflikten mit der Industrie. Die landwirtschaftlichen Kreise wenden sich gegen eine Steuergesetzgebung, die der Industrie günstig ist, befürworten niedrige Zölle auf Industrieerzeugnisse und hohe auf landwirtschaftliche und Rohstoffe; sie treten ein für eine Verstaatlichung oder regierungsseitige Kontrolle der Eisenbahnen und schließen sich immer fester zusammen in Richtung gegen einen hemmungslosen Industriealismus und dessen schlimme Begleiterscheinungen. (F. P. S.)

Devisen-Kurse.

Berlin, 29. Februar.

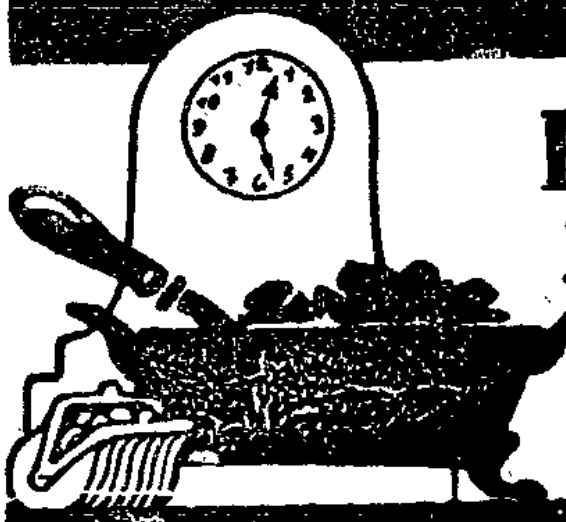
Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	28. Febr.	27. Febr.
Amsterdam	100 fl.	8666.30
Berlin (Antwerpen)	100 Frs.	1973.—
Kristiania	100 Kr.	3891.10
Kopenhagen	100 Kr.	4816.15
Stockholm	100 Kr.	6053.20
Helsingfors	100 Finn. Mk.	451.50
Rom	100 Lire	1211.25
London	1 £	1007.95
New York	1 Doll.	227.27
Paris	100 Frs.	2087.90
Zürich	100 Frs.	4490.50
Madrid	100 Pesetas	3686.30
Wien	100 K.	4.88
Budapest	100 K.	82.41
Prag	100 K.	397.00
		405.55

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Begleiter	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrtzeit	Lage	Std.
Angekommen am 28. Februar.							
2		Lübeck	Gillenberg	Kopenhagen			17
Angekommen am 1. März.							
D		Dr. Raug	Foß	Kalejund			4

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Seber; für Freihand Lübeck und Hüllerton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Interaktion Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.



**Kohlen
Zeit u.
Geld**

sparen Sie durch Gebrauch
des selbsttätigen Waschmittels „Persil“.
Ohne Chlor oder schädliche Bestandteile!
Wäscht und bleicht gleichzeitig
bei nur einmaligem kurzen Kochen.

Aleinige Fabrikanten: **HENKEL & CIE., DÜSSELDORF,**
auch der „Henke“, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.

Persil
das selbsttätige
Waschmittel!

19715)

Konsumverein für Lübeck u. Umg.
e. G. m. b. H.

Wir bringen unseren Mitgliedern vor dem Hof-
stenor zur gefl. Kenntnis, daß wir am **Donners-
tag, dem 2. März,** (18709)

Moislinger Allee 4
(früher Schlachtereier des Herrn Gipp) die
**Fleischwaren-
abgabestelle Nr. 2**
eröffnen.

Der Umstand, daß wir bisher nur eine Fleisch-
warenabgabestelle hatten, brachte unsern Mitgliedern
nicht nur wegen des weiten Weges, sondern auch in-
folge des starken Andranges in der Burgstraße ver-
schiedene Unbequemlichkeiten. Wir freuen uns daher,
zunächst den Mitgliedern vor dem Hofstenor den Ein-
kauf von Fleisch und Wurstwaren durch Eröffnung
dieser Abgabestelle erleichtern zu können. Weitere
Fleischwarenabbestellen sind in Aussicht genommen
und bitten wir daher erneut, den Bedarf auch in
diesen Waren reiflos bei uns zu decken.

Von der Unterstützung der Mitglieder hängt die
weitere Entwicklung unserer Genossenschaft ab.
Als Ausweis dient die grüne Mitgliedskarte.
Der Vorstand.

Die
millionenfach bewährte
Oel-Wachs-Schuhcreme

Diamantine

in bester Friedensqualität
wieder erhältlich.

Man verlange Dosen mit
eingelegtem Zettel
„Friedensware“

Hersteller: **Rud. Starke Melle 1/H.** (18685)

**Deutscher
Metallarbeiter-
Verband.**

Verwaltungsstelle Lübeck
(18728)

**Allgemeine
Werftarbeiter-
Versammlung**

am Donnerstag, d. 3. März
abends 7 Uhr,
in den Zentralhallen,
Dannewerksgrube.
Das Erscheinen der
Kollegen ist dringend
notwendig.
Die Ortsverwaltung.

**Verband der
Gemeinde- und
Staatsarbeiter.**

Filiale Lübeck.
(18721)

Unterhaltler!

am Mittwoch, dem 1. März
abends 7 Uhr
im Bureau.

**Betriebsräte und
Vertrauensleute**

am Donnerstag, d. 2. März
abends 7 Uhr
bei Lander, Hundestraße 41.
Die Ortsverwaltung.

**Fachenerger
Liedertafel**

(Mitglied des Deutschen
Arbeiter-Sängerbundes)

**Großer (18707)
Maskenball**

Sonnabend, d. 4. März
im Lokale des Herrn
Otto Diedrichsen,
Fackenburg.
8 Uhr 15 Minuten:
Einführung des Prinzen
Karneval mit seinem
Gefolge.
Demaskierung 10 Uhr.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr
Anfang 7 Uhr.
Maskenkarte Mk. 5,75
inklusive Steuer.
Für Zuschauer:
Damen 5,75 inkl. Steuer
Herren 7,20
Das Festkomitee.

Hansatheater.

Heute Mittwoch
und folgende Tage
(18702) 7 1/2 Uhr:
Der letzte Walzer

Stadttheater Lübeck
Mittwoch, 1. März 7.30
Die Ballerina des
Königs, Gastspiel Eva-
Alice Cron.
27. Ab.-Vorst. West. C.
Donnerstag, 2. März 7.30
Zum ersten Male:
Lysistrata.
28. Ab.-Vorst. West. D.
Freitag, 3. März, 7.30 U.
Das Glöckchen des
Gremchen.
29. Ab.-Vorst. West. D.
Sonnabend, 4. März 7.00
Festvorstellung „Orpheus
in der Unterwelt“.
Orpheus; Kammerlän-
ger Penke, Staats-
oper Berlin. (18708)

Lübecker Gemeinnützige Milchversorgung
e. G. m. b. H. zu Lübeck.

Fortsetzung der am 24. Februar vertagten
General-Versammlung
am Donnerstag, 2. März, abends 7 Uhr
im großen Saal des Gewerkschaftshauses.

Nur Genossen haben Zutritt. Genosse ist, wer
persönlich einen Genossenschaftsanteil besitzt und
sich darüber nur durch Mitgliedsbuch ausweist.
Das Mitbringen von Familienmitgliedern ist
gesehlich unzulässig und verboten. (18699)

Der Antrittsredner: Der Vorstand:
Dir. Diefel, Vorsitzender. Julius Heise.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Lübeck.

**Gemeinschaftliche
Mitglieder-Versammlung**

am Donnerstag, dem 2. März,
abends 7 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.

Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht und Abrechnung.
2. Wahlen.
(18729) Die Ortsverwaltung.

Mit Ueberlegung

muss jedermann beim Verkauf von
Sold-, Silber-, Platin-
Gebissen, Zähnen, Brillanten,
gold. Uhren, Dublce,
versuchen, die denkbar höchsten Preise
zu erzielen. (18706)
Geh daher in ein Geschäft in welchem
reell bedient und
gut bezahlt wird, zu
Silbermann & Co., 13
Pfaffenstraße
Edelmetallkontor

Wiener Gürtel- und Kleid-Reparatur-Werkstatt

— Neubeziehen von Schürmen billig! —
Kurze Lieferungszeit. (18687)
Rid. Rosenthal, Wahrenstraße 71.

Zeichnen und Rechnen

Wollen Sie das praktische, technische (18716)
für Walzwerk, Maschinenbau, Kesselschleiss,
Briekbau und Eisenkonstruktion vollständig
und sicher ohne Vorkenntnisse und ohne Be-
mühsung, in 4-6 Monaten, unter Garantie er-
lernen, so verlangen Sie kostenlose Auskunft von
August Arns, Ziv.-Ing., Düsseldorf, Berger-Allee 6

Meiner Kundschaft zur Nachricht,
daß ich vorläufig meine Preise
nicht erhöhe. (18726)
**Paul Bieninda, Juwel., Rosen-
garten 5.**

Höchstzahlend
(18734) kaufen wir nämlich:
Sold-, Silber-, Platin-
Gebisse, Zähne, Brillanten,
goldene Uhren, Dublce.
Wir garantieren, daß die von uns ge-
zahlten Preise die höchsten sind, die über-
haupt erreicht werden können.
— Reelle Bedienung! —
Brennmann
Bedergube 24
im Zigarengeschäft
Geöffnet ununterbrochen von 8-3 Uhr.

Öffentliche Versteigerung.

Mittwoch, d. 6. und Donnerstag, d. 7. März 1922,
10 Uhr vormittags
in Lübeck, Hof der Kaiserin Fackenburg Allee.
Mittwoch, d. 8. März 1922, 10 Uhr vormittags
in Blankensee (Fingerglas).
Verkauf von alten ausstanzigen Haushaltungs-
geräten, die sich teilweise noch wieder gebrauch-
fähig herstellen lassen, (als weiche Decken, Lische,
Stühle, Spinnwebe, Tischdecken, Güter usw.) Zuden-
dem ein großer Loten-Sumpfen und altes Eisen-
Haushaltsgeräten werden in kleinen Mengen,
event. auch einzeln veräußert werden. (18692)
Reichsvermögensamt.

Achtung! Achtung!

Die weltberühmten
Wit-Husten-Katarrh-Bonbon
bekämpfen am wirksamsten Husten, Heiserkeit,
Bersteln und Schnupfen ferner vor An-
setzung durch zahlreiche Krankheitskeime (Stippe),
die durch Mund und Rachen in den Körper ge-
langen. Dieses Mittel zur Befreiung von diesen
Krankheitskeimen. **Benutzen Sie Wit-Husten-
mit 100 von Söckert Ap. Wit-Bonbon** in
feinerer Form.
Allernig. **Gebr. J. H. Steffens, Hamburg 1.**
zu haben in den einschlägigen Geschäften,
welche durch im Winter gefüllte Plakate kennt-
gemacht sind. (18735)

**Deutscher
Bauarbeiter-
Verband.**

Achtung, Delegierte!

Am Donnerstag, dem
2. März, abends 7 1/2
Uhr findet im Ge-
werkschaftshaus
eine Sitzung statt.
Tagesordnung:
Wahlen Delegierter.
Das Erscheinen sämt-
licher Delegierten ist
dringend erforderlich.
Der Vorstand.
NB.: Auch die kleinste
Arbeitsstelle muß ver-
treten sein. (18718)

Leder
Lederausschnitt
Ersatzsohlen in halt-
baren Fabrikaten
— in 10 Minuten fertig —
C. Grimm Nachf.,
Lederhandlung und
Schäftefabrik. (18699)

+Magerkeit+

Schöne volle
Körperformen
durch unser
„Lager“
in 6 bis 8 Wo-
chen bis 30 Pfund.
Zunahme. Ge-
röntgenuntersucht. Kräftlich
empfohlen. Streng reell!
Biele Deutsche. Preis
Karton mit Gebr.-Num.
Mk. 20.—, Porto extra.

Alleinige Niederlage:
Adler-Apotheke,
Lübeck, Ob. Wengstr. 10.
(18691)

Glas

scheiben
aller Art, Kist.,
Glaschneider
Bilderleiste
etc. (18668)
Oscar Tauschitz, Glasbl.,
Fleischmarkt 25 F 2008

Harburg. Das Urteil im Harburger Kinoprozess. Dienstag abend verurteilte der Vorsitzende das Urteil im Harburger Kinoprozess. Die Angeklagten, Vorführer Voigt und Inhaberin Ehefrau Schaffrinski, wurden der fahrlässigen Tötung für schuldig befunden. Das Urteil lautet gegen Voigt 1 Jahr 8 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 4 Wochen Untersuchungshaft; gegen die Ehefrau Schaffrinski 2 Jahre Gefängnis und Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft. Die Schaffrinski nimmt das Urteil an. Der Oberstaatsanwalt verzichtet auf Berufung. Beantwortet waren Gefängnisstrafen von 3 Jahren gegen Voigt und 4 Jahren gegen die Schaffrinski.

Verden. Der beleidigte Kriegerverein. Wegen Beleidigung des Kriegervereins war gegen den Gemeindevorsteher Sudhop in Verden Privatklage erhoben worden. Der Beklagte hatte gelegentlich der Einweihung eines Denkmals im Herbst vorigen Jahres den Landjäger beauftragt, den Aufmarsch des Kriegervereins zum Denkmal zu verhindern, den Zug aufzuhalten und nicht zur Einweihungsfeier kommen zu lassen. Infolgedessen war es zu Auseinandersetzungen und Beleidigungen gekommen. Sudhop hatte erklärt, daß er im Auftrage des Landrats gehandelt habe, mußte aber in der Verhandlung vor dem Schöffengericht zugestehen, daß dies nicht den Tatsachen entsprach. Auf die vom Vorstand des Kriegervereins erhobene Klage wurde Sudhop wegen Beleidigung zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Im Anschluß an die Vorfälle gelegentlich der Denkmaleinweihung fanden einige Tage später in der Gemeindeversammlung heftige Auseinandersetzungen statt, wobei dem Vorsteher wegen seines Verhaltens von einem Lehrer und einer anderen Person heftige Vorwürfe gemacht wurden, in denen Sudhop Beleidigungen erlitt. Er erhob deshalb Privatklage gegen die beiden Genannten. Das Schöffengericht sprach sie jedoch frei, weil sie in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt und ihren Unmut nicht in ehrenkränkender Form zum Ausdruck gebracht hatten. Die Kosten des Prozesses muß Sudhop tragen.

Gewerkschaften.

Die Spaltung der französischen Gewerkschaftsbewegung. Kurz vor Weihnachten 1921 hatten die französischen Kommunisten einen Gewerkschaftstongress zusammenberufen. Dieser Kongress leitete die Spaltung der französischen Gewerkschaften ein. Es wurde die Herausgabe besonderer Mitgliedsbücher, die Erhebung eines besonderen Beitrages und die Zusammenfassung der kommunistischen Zellen unter der abgekürzten Firma CGT beschlossen. Weiter war von der Leitung des französischen Gewerkschaftsbundes verlangt worden, baldigst einen allgemeinen Gewerkschaftstongress zusammenzubringen, wörfenfalls „konstatiert“ werden würde, daß die Leitung die Gewerkschaften gesprengt hätte. Das alles geschah unter Aufsicht des Russen Losowski, der sich scheinheilig an das Amsterdamer Bureau wandte, um angeleglich die Spaltung zu vermeiden. — Zu dieser Angelegenheit nahm in dieser Woche der Nationalrat der französischen Gewerkschaften Stellung. Er beendete seine Arbeit mit der Annahme einer Entschließung, worin festgesetzt wird, daß die Spaltung durch die ganze Arbeiterorganisation hindurch vollendete Tatsache sei. Sie sei von der Minderheit gewollt und organisiert worden. Der Nationalrat fordert die Arbeiter auf, sich in der CGT zur Verteidigung ihrer bedrohten Rechte zusammenzuschließen. Er spricht erneut den Mitgliedern der Gewerkschaften sein Vertrauen aus und appelliert an die Einigkeit aller Arbeiter. Der Nationalrat hat beschlossen, daß auf der in drei Monaten stattfindenden nächsten Tagung der Zusammenschluss eines Gewerkschaftstongresses vereinbart werden soll, der die Statuten nachprüfen haben wird. In diesem Kongress sollen nur Gewerkschaften teilnehmen, die die Grundzüge der CGT, also der alten Gewerkschaftsorganisationen, anerkennen. An gewisse abgeplante Gewerkschaften richtet die Resolution einen besonderen Appell, der als letzter Versuch bezeichnet werden kann, alle gewerkschaftlichen Elemente, die sich nicht ausdrücklich auf die Moskauer Internationale festgelegt haben, im Allgemeinen Arbeiterverband zu vereinen.

Die Arbeitgeber in Australien gegen die 44-Stunden-Woche. Eine Abordnung der Fabrikantenkammer des Staates New-Southwales unterbreitete, wie das Internationale Arbeitsamt berichtet, dem Erminister die Arbeitgeberwünsche in bezug auf die

Arbeitszeit. Sie forderte Beseitigung des Gesetzes, durch welches die Höchstarbeitszeit auf 44 Stunden in der Woche festgesetzt wurde.

Aus aller Welt.

100 000 Mark für einen Hundesarg. Zum Dank für 16jährige treue Dienste veranstaltete ein Zahnarzt in Hoboken New-Jersey für seinen Forsterrier „Kex“ ein großartiges Begräbnis, bei dem dem dahingekommenen Hunde alle Ehren zuteil wurden, die sonst gewöhnlich Menschen auf ihrer letzten Fahrt vorbehalten sind. Die Leiche ruhte in einem mit Samt ausgelegten Sarg, der 500 Dollars, also etwa 100 000 Mark kostete, und dieser „schönen Leiche“ folgten drei dichtbesetzte Kräftwagen mit Trauernden, die „Kex“ bis zum Hundefriedhof das Geleite gaben. Berrückt!

Sinrichtung eines liebestollen Elefanten. Der Elefant, der kürzlich in Dresden den Zirkusdirektor Stöck-Sarrasani angefallen und schwer verletzt hatte, mußte getötet werden, da er in der Brunst tobte. Die Leiche wurde in ein Kistenfahrzeug für das Zirkuspersonal verladen. Man warf ihm ein Drahtseil um den Hals und schnürte es schnell zu, so daß der Koloss zusammenbrach und bald verendete.

Die Frau Stadtrat als Warenhausdiebin. Umfangreiche Warenhausdiebstähle lagen einer Anklage zugrunde, die die Frau Stadtrat Elfrida Rod, die Frau Ida Sachs, die Arbeiterin Wally Altrogge und die Frau Frieda Bachholz vor das Schöffengericht Berlin-Schöneberg führten. Die Angeklagte Rod, deren Mann befohlener Stadtrat in Berlin ist und ein auf 80 000 Mark geschätztes Einkommen hat, war als Aushelferin in dem Warenhaus von Lindemann u. Co. mit 50 Mark täglichem Gehalt angestellt gewesen. Nach ihrem eigenen Geständnis hat sie, da alle anderen Angestellten auch Waren gestohlen, die sie in ihren Unterkleider verbarg. Die bei ihr beschlagnahmten Gegenstände hatten einen Wert von 20 000 Mark. Mit Ausnahme der Angeklagten Bachholz, die wegen Hehlerei angeklagt war, hatten auch die Mitangeklagten in gleicher Weise Diebstähle verübt. Vor Gericht hat der Verteidiger für die Angeklagte Bachholz um Anwendung des neuen Gesetzes vom 21. Dezember 1921, nach dem Geldstrafen zulässig seien, wenn der Strafwert damit erfüllt werde. Das Gericht gab diesem Antrag auch statt und verurteilte die Bachholz nur zu 1000 Mark Geldstrafe. Dagegen wurde die Frau Stadtrat Rod zu 5 Wochen Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe, die Frau Sachs zu 4 Monaten und die Angeklagte Altrogge zu 5 Wochen und 1000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Theater und Musik.

Stadttheater.
Lannhäuser von Richard Wagner. Der Einzug der Gäste Groenen und Schützenhof von der Hamburger Oper kam dem Sängerkrieg auf der Wartburg sehr zu nützen und befeuerte auch die übrigen Mitwirkenden in ihrem Eifer für die gute Sache. Herr Schützenhof war ein Landgraf Hermann, der in Haltung und Gesang imponierte und sich frei hielt von dem guten Orchester, welches viele Vertreter dieser Partie zur Schau trug. Ausdrucksvoll und besetzt mit schönem Organ sang Herr Groenen den milden, platonischen Wolfram. Der Kimmfrische in erfreulicher Aufwärtsbewegung befindliche Lannhäuser des Herrn Heimberg war den Gästen ein wahrer Kamerad. Reichlich Beifall lohnte die Hauptbeteiligten am Gelingen der Aufführung.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Denkmalsrat und Buddenbrookhaus.
Es ist höchst bedauerlich, daß die Sitzungen des Denkmalsrats und ihre Tagesordnungen nicht öffentlich angezeigt werden; ganz Lübeck hat Interesse daran, zu erfahren, was dort zur Verhandlung kommt. Ebenso mühten die Ergebnisse dieser Sitzungen öffentlich veröffentlicht werden. Wozu diese Geheimnisträmerie! — So muß ich denn, da ich nicht erfahre, ob der Vorsitzende des Denkmalsrates eine Sitzung über das Thema: „Bauliche Veränderungen an der Fassade des Buddenbrookhauses“ anberaumt hat, von neuem die breite Öffentlichkeit Lübecks anrufen, um zu verhindern, daß ein Bauwerk, das in aller Welt durch Thomas Manns Roman gleichsam zum Wahrzeichen Lübecks gesehelt ist, jedem Bommer unerer Stadt, der etwas Urteilsfähigkeit besitzt, beweist, wie herrlich weit man es hier mit der Verschandelung altertümlicher und guter Bauten gebracht hat. Die kleinen Verbesserungen, die der Architekt Ende voriger Woche angebracht hat — Fortnahme des unmöglichen Eierstabfüchens und sein Ersatz durch breitere Einfassungen, die neben vorstehender runder Säule weiße Streifen zeigen, und so wenigstens etwas die Vertikallinie der oberen Fenster fortzubringen, genügen nicht. Es muß unbedingt von allen Kunstfreunden darauf gedrungen werden, daß die Fassade in ihrer ursprünglichen Form wiederhergestellt wird. Wenn dem Denkmalsrat die Versicherung gegeben wurde, daß an der Fassade nichts geändert würde, trotzdem aber dieser verderbliche Eingriff geschah, so ist es wohl undenkbar, daß der Architekt etwas zur Ausführung gebracht hat, was nicht die baulichste Genehmigung gefunden hat. Hatte aber die Einsetzung der Schaufensterläden die baulichste Genehmigung gefunden, wie ist es denn möglich, daß jene Versicherung dem Denkmalsrat gegeben wurde, wo doch der Leiter des Bauamts als Vorsitzender des Denkmalsrates von der Baupolizei benachrichtigt werden muß über geplante Veränderungen an einer Fassade, die unter Denkmalschutz steht? — Hier muß Klarheit geschaffen werden. Wer ist hier der Schuldige? — Weshalb hat der Denkmalsrat nicht sofort eingegriffen, nachdem bereits Anfang Februar, wo die ersten beiden Schaufenster eingesetzt wurden, ein Mitglied des Denkmalsrates, Herr Museumsdirektor Dr. Heise, die Besitzerin der Buchhandlung, die in das Buddenbrookhaus einzuziehen wird, darauf aufmerksam gemacht, daß die Fenster nicht zum Hause paßten und der Denkmalsrat einschreiten würde? — Aufführung in dieser höchst leistungsvollen Angelegenheit der Buddenbrookhaus-Fassade muß jeder verlangen, der mit warmem Herzen für Lübecks altertümliche Bauten Interesse hat und sich mitverantwortlich fühlt für ihre unverdorbene Erhaltung.
Georg Behrens-Kamberg.

Sport.

A. T. B. I. — „Vorwärts“ 1 : 2 (0 : 0) Eden 8 : 3. Zirkus 3—400 Zuschauer hatte obiges Spiel am Sonntag nach dem Kaiserhof gelockt. A. T. B. I hat einen örtlichen Gegner gefunden, der ihm gleichkommt, was im Interesse unserer Arbeiter-Sportbewegung nur zu begrüßen ist. Vorwärts I gelang es am Sonntag sogar A. T. B. mit 2 : 1 zu schlagen. Diesen Sieg hat Vorwärts wohl hauptsächlich dem Torwächter zu verdanken, aber als Spieler hat auch der Torwächter sein ganzes Können zu zeigen. Im übrigen sah man von Anfang an, die Vorwärtseff hatte sich was vorgenommen, jeder Spieler war mit Eifer bei der Sache. A. T. B. I mußte nochmals mit 2 Ersatzleuten eingreifen, beide Verteidiger konnten aber nicht antreten. Bei A. T. B. wollte das Zuspiel manchmal nicht recht klappen, es wurde zu viel getrippelt und zugerufen. Die Bemerkungen eines Spielers dem Schiedsrichter gegenüber, hätte letzterer unbedingt bestrafen müssen. Auch sonst war der Schiedsrichter dem Spiele nicht ganz gewachsen. Manches wurde übersehen, in anderen Dingen war er wieder zu kleinlich. Damit soll nicht gesagt sein, daß er einseitig gehandelt hat. Im übrigen, ein flottes, lebhaftes Spiel, so daß alle Zuschauer zufrieden waren.
Ka.

Steckenpferd-Seife

von Bergmann & Co., Radebeul ist die beste Lillienmilchseife für zarte, weisse Haut und blendend schönen Teint. — Überall zu haben. (86618)

Bautechniker

zum möglichst baldigen Eintritt gesucht. Bewerber müssen in der Lage sein, selbständig Entwürfe mit den dazugehörigen statischen Berechnungen, Maschinen ausführen usw. herzustellen zu können. Schriftliche Angebote sind zu richten an die **Gemeinn. Arbeitsgenossenschaft Sübek, Mengstr. 23.**

3000 Mark Belohnung.

In der Nacht vom 20. zum 21. Februar d. J. ist bei dem Maschinenhändler Raabe zu Radebeul ein Einbruch verübt worden. Bei der Verfolgung der Diebe ist Raabe von einem der Diebe mit einem Revolver angeschossen und schwer verletzt worden. Soweit festgestellt werden konnte, sind 4 Männer an dem Diebstahl beteiligt gewesen. (18701)
Für die Ermittlung desjenigen, der Raabe durch den Schuß verletzt hat, ist von der Regierung zu Gutin eine Belohnung von 3000 Mk. ausgesetzt worden. Die Entscheidung über die Auszahlung der Belohnung, insbesondere auch in dem Falle, wo mehrere zur Entdeckung beigetragen haben, steht endgültig der Staatsanwaltschaft zu.
Mittelungen nehmen die Staatsanwaltschaft, das Polizeiamt sowie die Gendarmeriestandorte entgegen. (U J Nr. 64/22).
Lübeck, 28. Febr. 22.
Die Staatsanwaltschaft.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Lübeck.

Nachruf.

Am Sonntag, d. 26. Februar, starb unser treuer Kollege, der Gasenarbeiter **Andreas Tobala.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am 2. März, nachm. 2 1/2 Uhr, auf dem Borwerker Friedhof statt.
Sammelpunkt der Kollegen dabeilbst 2 Uhr. (18730)
Die Ortsverwaltung.

ein kleiner Knecht.

Struß, Krempelsdorf.
Ein Zeitungsvertäufler
zu sofort gesucht.
„Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46.

Deutscher Metallarbeit.-Verb.

(Verwaltungsstelle Lübeck).

Am 25. Februar starb unser Kollege, der Schmied (18727) **August Tolsner.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 2. März, nachmittags 3 1/2 Uhr auf dem Borwerker Friedhof statt.
Die Ortsverwaltung

Verj. jidi. modl. Zimmer Ang. u. L. 5095 a. d. G. (18722)

Ein schwarzer Anzug f. gr. Figur zu verkaufen. 18897) Karpfenstr. 26 a

Dr. Gallich, verp. Gr. 37, zu verkaufen. (18723) Quadestr. 69—73 II., r.

Ein Junglings-Anzug sehr gut erhalten, passend für Konfirmand., sowie ein Mantel und gute Stiefel zu verk. (18705) Hotel Lübecker Hof, Bad Schwartau, Markt 4.

Ein Kinderwagen, bill. z. v. (18732) Kahlhorststr. 10.

Konfirmanden-Anzug zu verkaufen. (18703) D. Nehm, Krensfeld.

Jung. Schäferhund z. v. (18720) Hartengrube 29 v.

Zeltbahnen u. Dreiecke zu kauf. gef. (18699) Ana. u. M.P. a. d. Gp. d. B.

Schirme werden repariert! 18665) Warendorffstr. 50 L.
Feine Wäsche w. f. u. b. gepl. Kottwischtr. 23. II. (18711)

Stellungsloser Friseur-gehilfe sucht Kundchaft. (18735) Ang. u. St. A. a. d. Gp.

D. u. D. Mühl. R. d. 15. M. verm. Klappenstr. 14. a. (18724)

Paul Levi: **Unser Weg.** Widerden Gutschidms 4 Markt.

Buchhandlung **Jr. Mener & Co.,** Johannisstraße 46.

Ein Kinderwagen, bill. z. v. (18732) Kahlhorststr. 10.

Konfirmanden-Anzug zu verkaufen. (18703) D. Nehm, Krensfeld.

Jung. Schäferhund z. v. (18720) Hartengrube 29 v.

Zeltbahnen u. Dreiecke zu kauf. gef. (18699) Ana. u. M.P. a. d. Gp. d. B.

Zu kaufen gesucht ein Bild: Cestüch. (18714) Ang. u. R. F. a. d. Gp. d. B.

Carl Möller,

Schlachtere! (18787) Wickedast. 44. Tel. 2336. Gehacktes . . . 12.— M. Kalbfleisch . . . 11.— Bratenstücke . . . 12.— Dammfleisch . . . 15.—

Achtung, Sparklubs!

Sparkassen-Bücher in übersichtlicher Aufmachung vorrätig in der Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co.,** Johannisstr. 46.

Ad. Hübner Uhrmacher Fährtenweg 13. Uhr- u. Goldwarenhdg. u. Reparaturwerkst. (18821)

ERICH KUTNER
Warum versagt die Justiz?

Zu beziehen durch die **Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.** Johannisstraße 50.

Werb ist im Risiko für die Hausfrau?

Wenn sie zum Kuchenbacken statt des echten **Dr. Oetker's Backpulver „Backin“** ein minderwertiges Backpulver verwendet.
Wenn sie sich, um etwas zu sparen, der Gefahr aussetzt, einen misräteneu Kuchen zu erhalten u. Mühe u. Kosten umsonst aufgewandt zu haben.
Beim Backen ist ein gutes, erprobtes Backpulver das wichtigste! Deshalb spare sie nicht an verkehrter Stelle, denn ein minderwertiges Backpulver ist — selbst geschenkt — noch viel zu teuer.
Mit **Dr. Oetker's Backpulver „Backin“** ist jede Hausfrau gut bedient, denn damit gelingt der Kuchen immer.
Ebenso empfehlenswert sind die bekannten **Dr. Oetker's Puddingpulver, Dr. Oetker's Vanillinzucker.**


Geist Jüden
Durch ein heiliges Glüd. Zucker's Patent-Medizin-Selbsthob ist das Übel völlig beseitigt. D. S. Gollig, Gerg. Dazu Zucker-Cremes (Kitteln u. selbsthob.) u. d. Gollig, Gerg. u. Parfümerien.

Eimerbier. Diese Woche Donnerstag von 4—6 Uhr (18723) Brauerei Hans Wilcken.
KÄSE toeben groß. Posten zu den billigst. Preisen eingetroffen. **Markthalle, Gländ 3** Frau Ahrens, Kottwischtr. 8.

Höchstzahlend kauft: (18694) **All-Gold, Silber, Platinaschmelze, Brennstoffe, alle Gebisse.** Streng reelle, sachgemäße Bedienung. **Goldschmied Tollgreve,** 92 Königstr. 92.

Der junge Arbeiter.

Der Arbeitsalltag hat mich früh ins Joch gespannt,
Rein kindlich Grübeln half: ich mußte mitverdienen.
In einem Saal voll wilder, lärmender Maschinen
Und müder Menschen stieß mich früh des Schicksals Hand.

Das Leben, das als Kind ich nur von fern gekannt,
Das Leben, das mir leicht und freudvoll erschienen,
Sprach ernst zu mir aus tausend düstern Mienen.
Auch ich trug Last und Qual. Der Traum der Kindheit
schwand.

Verfliegen sind, vorbei die Tage froher Spiele,
Für immer ist verschleucht der Kindheit schöner Wahn...
Das Leben fordert Kampf! Von fernher winken Ziele.

Rein kindlich Grübeln hilft! Auf drum aus Traum und
Sinnen,
Was harr' ich, daß sich neue Lügenträume nah!
Das Leben fordert Kampf. So will ich ihn gewinnen!
Walter Schent.

Der Verband der Arbeiterjugend- Vereine Deutschlands.

Der Verband der Arbeiterjugend-Vereine Deutschlands ist als eine große innerlich und äußerlich starke Organisation ins neue Jahr marschiert und in allen seinen Anhängern und Mitarbeitern ist mutige frohliche Zuversicht für das Wirken im neuen Jahre.

In der Jugend wirkt der Wille zum Sozialismus als ständiger, starker Antrieb. Ihn steigert die Erkenntnis von der Größe der Hindernisse, die der Verwirklichung der sozialistischen Gedanken entgegenstehen. Wenn die Arbeiterjugend z. B. sieht, wie in den vielen verschiedenen Zweigen der katholischen Bewegung über 1 000 000 jugendlicher Menschen im kirchlich-katholischen Sinne erzogen werden, wie in den verschiedenen Gruppen der kirchlich-evangelischen Jugendverbände ebenfalls über 300 000 junge Menschen erzieht sind, — wie weiter noch die sogenannte „nationale“ Jugendbewegung große Organisationen aufweist, die zusammen mehr Mitglieder zählen als die sozialistische Jugendbewegung, — dann ist es nicht anders möglich, dann muß die sozialistische Arbeiterjugend sich zum Außersten anspannen, ihren Einfluß auszudehnen, mehr Jugendliche für ihre Gedankenwelt zu gewinnen.

Die Tatsache, daß die sozialistische Jugendbewegung in ihren drei Richtungen (Arbeiterjugend, Sozialistische Proletarierjugend, Kommunistische Jugend) weit weniger mobile Streiter zählt als die bürgerlichen Jugendverbände, wird auch nicht dadurch aus der Welt geschafft, daß die freien Gewerkschaften mehrere Hunderttausende jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen als Mitglieder aufweisen, denn diese werden jetzt erst aktiviert, ausgerüstet zu einer lebendigeren Teilnahme, zu einer persönlicheren Einordnung in den Kampf für den Sozialismus. Aber so oder so, — diese Vergleiche sind für die Arbeiterjugend kein Grund zur Mutlosigkeit, im Gegenteil, sie bewirken Steigerung des Kampfwillens. Um den endgültigen Erfolg ist niemandem bange. Die Arbeiterjugend, die aus den kleinen Kreisen, den verstreuten Trümmern ihrer Bewegung vom Jahre 1918 in knapp drei Jahren den stärksten sozialistischen Jugendverband der Welt aufgebaut hat, hat am allerwertigsten Anlaß, bange zu sein.

Der Verband der Arbeiterjugend-Vereine zählt in den 34 Bezirken, in die er sich gliedert, z. Bt. über 1200 Ortsgruppen mit über 80 000 Mitgliedern, Arbeiterjugenden und -Mädels im Alter vom 14. bis 18. Lebensjahr. In seinem Hauptbureau wirken drei Sekretäre und ein Redakteur neben sieben weiteren Angestellten. Neben der organisatorischen Arbeit ist die umfangreiche und für die Bewegung sehr wichtige Arbeit für die Einkaufszentrale und den Verlag des Verbandes zu besorgen. In zehn Bezirken wirken festangestellte Jugendsekretäre, in allen übrigen wird die Leitung bis heute ehrenamtlich von im Berufsleben stehenden Genossen besorgt. Das Zentralorgan des Verbandes, die „Arbeiterjugend“ erscheint zurzeit in einer Auflage von 74 000; das Zentralblatt für die Führer und Helfer erscheint in 6000 Exemplaren. Zwölf Bezirksorganisationen geben eigene kleine Mittelungsblätter (4 bis 16 Seiten Umfang) heraus; in fast 50 Parteizeitungen erscheinen zurzeit regelmäßig Jugendbeilagen, für die seit Januar eine Korrespondenz zur Übermittlung von Aufsätzen herausgegeben wird.

Wenn man bedenkt, daß dieser Organisationsbestand das Resultat einer knapp dreijährigen, zum größten Teil von ganz jungen Menschen getragenen Aufbauarbeit ist, wird man die zuversichtliche Stimmung verstehen, mit welcher gegenwärtig in allen Ortsgruppen des Verbandes die Osterwerbung vorbereitet wird. Von den vielen Tausenden Arbeiterjugenden und -Mädels, die zu Ostern die Schulen verlassen werden, muß ein recht großer Teil für den Anstoß an die Arbeiterjugend-Vereine gewonnen werden, damit sie im Kreise junger Klassen Genossen und Genossinnen ihren weiteren Lebensweg voranschreiten und Fühlung gewinnen mit dem Kampf um den Sozialismus. Es muß an dieser Stelle besonders an diejenigen Arbeiterkinder appelliert werden, deren Kinder zur Schulentlassung kommen. Sie dürfen nicht verkümmern, ihre Jungen oder Mädels auf den Arbeiterjugend-Vereinen am Orte hinzuleiten und bei ihrer Interesse für die Bewegung zu wecken, Herz und Sinn der Jugend auf den Sozialismus einzuschleifen, ist eine Aufgabe, die an Wichtigkeit hinter keiner der anderen Aufgaben, welche im Interesse des Sozialismus gelöst werden müssen, zurücksteht.

Die neue Jugend.

Nicht alle Jugend ist jung. Unsere Zeit hat wie andere Zeiter eine alte und eine junge Jugend aufzuweisen, und die Jungen müssen selbst abmachen, ob sie zu dieser oder jener gehören wollen. Die „alte“ Jugend ist mit der Welt, wie sie ist, vergnügt, die „junge“ dagegen fühlt sich nicht mit dem Dasein zufrieden, sondern will — und wenn sie auch graue Haare trägt — etwas Neues schaffen.

Unsere Zeit ruft nach Jugendkraft. Nie ist soviel Jugendkraft verschwendet worden wie in diesen letzten Jahren, und nie hat die Welt soviel Jugendkraft nötig gehabt wie jetzt. Die beste Jugend in den kriegsführenden Ländern ruht unter der Erde. Es kommt auf die jetzige Jugend an, ob sie umsonst gelebt und gekämpft haben soll. Die Verstorbenen haben den noch Lebenden die Verantwortung für die Zukunft, ihre Hoffnung und ihren Glauben daran überlassen. Tausende sind mit den Worten auf den Lippen gestorben: „Wir sterben, damit ihr andern leben sollt und glücklicher werden. Es steht bei euch selbst, ob die Zukunft das werden soll, was wir erhofft haben!“

Unsere Jugend lebt noch, aber hat sie auch den Krieg so tief erlebt, daß sie bereit ist, an der Arbeit der Welt-erneuerung teilzunehmen? In welchem Grade ist sie dafür bereit und würdig? Sie ist die Brücke zwischen alter und neuer Zeit, und die Toten haben ihr die Aufgabe hinterlassen, das Werk zu vollenden. Die Kluft zwischen Vergangenheit und Zukunft ist ungeheuer groß. In diese Tiefe ist die Hoffnung der Alten auf eine bessere Zukunft, von der wir in unserer Jugend geträumt haben, versunken. Wir können uns nur an die Jugend wenden, mit der Frage, was sie will und was sie kann. Das Alte ist vergangen und alles muß neu werden; aber dazu sind junge Augen, junge Hände und junge Herzen nötig. Es wäre den Alten wahrhaft eine Qual, zu denken, daß die Jugend der Erneuerung nicht fähig sei. Die Geschichte zeigt uns, daß die Jugend früherer Zeiten nach Kriegen müde resigniert hat. Wird auch die heutige Jugend vom Geiste der Reaktion ergriffen werden, oder wird sie verstehen, daß die Zukunft auf ihr selbst beruht?

Die Forderungen sind zu groß, flüstert der fränkgewordene Ragemut. Dieser Gedanke ist das erste Alterszeichen, das erste graue Haar. Wenn die Jugend nicht fühlt, daß die Zukunft in ihrer Hand plastisch prägnant werden kann, dann ist sie nicht mehr jung. Die Jugend, die die Zukunft schaffen will, muß freimütig, ja übermütig sein, muß ein jubelndes Gefühl ihrer Macht haben. Ohne dies kann sie nicht ans Werk gehen. Nur wer den Mut hat, den schmalen Weg zu gehen, kann der Welt etwas Neues bringen.

Die Aufgabe ist zweifach: in der Gegenwart für die Zukunft zu wirken. Die Jugend darf nicht „ins Blaue hinein“ schwelgen, sich dem Zurückblicken der Romantik hingeben. Sie muß mit offenen Augen in die Zukunft sehen. Jeder muß sich zur Aufgabe machen, auf dem Platz, wo er steht, auf dem Gebiete, wo er wirkt, einen Lichtkreis um sich zu schaffen. Wenn unser Lebenswert vollendet ist, müssen wir uns in dem Bewußtsein zur Ruhe legen können, daß um uns herum alles heller und schöner geworden ist.

Eine erste Aufgabe der Jugend ist es nun, Brücken zwischen den streitenden Völkern zu bauen. Auf wissenschaftlichem und politischem Gebiet müssen wir Mittler sein. Aber nur der, dem die Menschheit mehr bedeutet als persönliches Glück und Vaterlandsgefühl, hat die Möglichkeit, etwas auszurichten. Die Jugend muß den Traum verwirklichen, von dem die Sterbenden gesprochen haben, den Traum, der sie mit dem Tode versöhnt hat: die Verbrüderung der Menschheit. Dieser Gedanke ist nichts Neues. Haben doch schon die israelitischen Propheten davon geredet, wie auch die Christen in den Katakomben! Sind doch Tausende von Seelen während der Vergangenheit von diesem Traume erfüllt gewesen! Doch zu jeder Zeit bekommt der Traum einen neuen Inhalt.

Die Jugend, die das große Werk vollbringen soll, muß von einer neuen Religiosität erfüllt werden. Ich meine keineswegs den religiös gefärbten nationalen Eifer, der sich während des Krieges breit machte und uns eigentlich nur zeigte, wie gering unsere „christliche Kultur“ in der Tat ist. Aber der Krieg hat in den kriegsführenden Ländern auch eine Religiosität hervorgerufen, die von der unbegrenzten Liebe, dem reinen Opferwillen und in ebenso hohem Maße von dem für ein großes Werk notwendigen Gefühl der Ausserforsenheit gekennzeichnet wird. Diese Religiosität ist das einzig Hoffnungserweckende der Gegenwart, die Morgenröte der neuen Zeit. Aus dem Heidentum wie aus dem Christentum, aus dem Orient wie aus dem Okzident können wir immer ewige religiöse Gedanken schöpfen. Keine Lebensauffassung ist allein seligmachend. Das einzige Nötige ist, daß wir „wesentlich werden“, unsere Seelen bewahren, denn die Seele ist der kostbarste Baustein im Tempel der Zukunft.

Die Jugend steht vor der Wahl, und von ihrer Wahl ist die Zukunft abhängig. Wenn sich die Jungen auf den alten Gott der Schlachtfelder verlassen, werden neue Kriege kommen; aber sehen sie sich selbst an als die Schöpfer Gottes in dieser Welt, dann wird auch diese trübe, blutige Welt einmal göttlich werden. Nur so kann der Völkerverbund wirklich werden.

Neugestaltung des Volkstanzes.

Von Irene Köpcke, Lübeck.

Wie soll Leben, voll anspannenden Lebens sollten unsere Tanzstunde sein. Jeder muß Freude, Eifer und die Verantwortung für sich, in sich tragen, kein Befehl in diese wenigen Stunden des Besonderen Hingabens. Tanzabend, das

Wort allein muß schon Freude auslösen. Laßt an diesem Abend eure Seele erklingen, legt den düstern Alltag beiseite, kommt im Festkleide, nicht äußerlich, sondern im Innern. Jeder im Innern freudig gestimmt, und gebend; wenn so sich Menschen zusammenfinden zum Tanz, dann ist er schon da, der Tanz, ein Erleben. Dann perlen leise die Töne in den Raum, laßt sie in euch ausklingen, dann kommt auch die Form, dann empfindet ihr den Rhythmus, das Auswirken einer gemeinsamen Empfindung. Versucht euch hineinzufühlen in den Tanz und laßt die Bewegungen empfunden sein.

Schon der Schritt! Dort läuft einer wie mit Siebenmeilenstiefeln, jener tanzt plump und schwer, selten fühlen wir den Schritt. Die Handreichung ist so nachlässig, so schlaff, und doch sollte man sich freuen, im Tanze springen zu dürfen.

Tänze, in denen viele Wendungen und Fassungen wechseln und die dann noch nachlässig getanzt werden, wo schon jeder einzelne bei der kommenden Fassung gedanklich ist, erwecken bei mir immer die Vorstellung, als wenn alle diese Menschen an einem Drahtseil hängen und nun dran zappeln. Fragt euch doch einmal, können wir nicht an uns schaffen, daß eine Neugestaltung entsteht? Wollen wir nicht einmal unsere alten Volkstänze anschauen und uns fragen: Wie weit sind wir denselben gerecht geworden? Ich glaube, manche unserer Vorfahren würden entsetzt die Köpfe schütteln über die Gestaltung unserer Abende. Liegt nicht doch bei aller Freude eine Feierlichkeit darin? Dies wirre Durcheinander, ist das Tanz? Wir wollen doch eine Kulturbewegung sein und schaffen so wenig an diesem Abend. Wie die Abende sein sollen, fragt ihr? Ja, laßt, sagen und schreiben laßt sich „Neugestaltung“ leicht, aber bringen kann sie ein Einzelner nicht. — Denn es ist unmöglich, daß ich euch sage, „meine Einstellung, meine Gefühle sind so, und das sind die richtigen“. Lernen müssen wir alle und keiner soll die Form des andern, nur der Bequemlichkeit halber, nehmen. Jeder Einzelne muß in sich hineinhorchen, muß fühlen, wie weit Takt, Gefühl und Ausdruck geht. Verschiedenheiten werden auch hier sein und über diese hinweg hilft uns das Gefühl, Schaffender an diesem Abend zu sein, Freude in uns, um uns zu haben. Wir wollen alle helfen und dran arbeiten und wenn dann der Frühling ins Land kommt und wir am Abend in die Paltinger Heide gezogen sind — ins Land schauen und die Birken im Schmutz stehen — wenn dann Geige und Klänge erklingen, dann soll unser neuer Tanz, unsere neue Form in die Welt springen, dann soll in dem Tanz Freude und Schönheit, Sehnsucht und Kraft, lebendiges Leben liegen. —

Eine Festerstunde im Grau unserer Tage!

Tanz.

Geigen jauchzen, Augen sprühen,
Tanz euch eure Jugend ein!
Wenn die Wangen rot, verblühen,
wird die Luft verloren sein.

Windet Blumen in das Haar!
Blumen strömen Liebe aus,
und das Leben, wunderbar,
trägt ihr im Gefühl nach Haus.

Ueberstrahlt den grauen Tag
auch mit hellem Jubelklang!
Dieberfüller Herzensschlag
klingt ein ganzes Leben lang.

Willi Kagemacher.

Parteijugend?

Spricht man mit Parteigenossen über das Verhältnis der Arbeiterjugendbewegung zur Sozialdemokratischen Partei, heißt häufig die Behauptung wieder, „die Arbeiterjugend ist Partei-jugend“. Diese Meinung ist tief eingegraben und scheint bei oberflächlicher Betrachtung richtig zu sein. — Und doch ist sie falsch! Nein? Ja! Lassen wir das Streiten. Leset nach, was schwatz auf weiß im Protokoll von Görlitz steht, was Heinrich Schulz über unsere Bewegung sagt. Für die, die sich dieser Mühe nicht unterziehen wollen, diene folgender Auszug:

„Unsere Jugendbewegung ist Jugendbewegung und nicht eine Rekrutenbewegung für die Sozialdemokratie. Früher waren wir durch Gehehe gezwungen, unpolitisch zu sein. Heute sagt uns pädagogische Einsicht, daß der Weg, den wir eingeschlagen haben, der einzig richtige ist. Wir sollen nicht Sorge haben um unsere Jugend, sondern Vertrauen zur Jugend ist das Entscheidende. Wir dürfen unsere Jugend nicht in organisatorische Fesseln schnüren und ihr nicht mit erfälschtem Mit-tiaten begegnen, sondern mit Vertrauen auf die Werkkraft des Sozialismus, mit Vertrauen auf unsere Jugend.“

Klar meißelt auch der Programmwurf unseres neuen Parteiprogramms den Kern unserer Bewegung heraus: „Die Jugendbewegung, das sich eigenem Gehehe gestaltende Persönlichkeits- und Gemeinschaftsleben der Jugend, ist als schöpferische Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung zu werten.“

F. O.

Was ist die Mutter? In einer Volksschule in Marzahn mußten die Kinder einen Aufsatz über den Begriff „Mutter“ schreiben. Ein Schüler gab folgende Antwort: „Eine Mutter hat Sorgen bei Tag und in der Nacht. In der Nacht noch befinnt sie sich, was sie am andern Tag lochen will. Einmal hat sie keine Kohlen und kein Holz oder kein Wehl und kein Fett, und so muß sie nachdenken, von morgens bis abends, und im Hausdall hungern die Kinder. Sie verspricht ihnen Äpfel und andere Sachen. Wenn sie ihnen das versprochen hat, sind die Kinder froh, sind still und freuen sich darauf und — hungern.“ — Ist es nicht eine treffende Antwort, die der Schüler da gegeben hat?